

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Sparpaket
S.3/4

Wie Europa
den Balkan
kontrollieren will
S. 6/7

Bankenaufsicht
bekämpft alter-
natives Projekt
S.11/12

Neue
Kurdenprozesse in
Berlin
S.13

Lohnverzicht ?
Eine
gewerkschaftliche
Antwort
S.15

Öcalan-
Prozeß
S.20



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 1888 20, Fax: 040 / 43 1888 21.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32 ... **und Ost** Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

FÜHRUNG KOSTET. Mit 100 Mio. DM will das Bundesministerium für Bildung und Forschung die Entwicklung der Mikrosystemtechnik als einer Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts fördern. „Mit dem Förderprogramm wird die führende Position Deutschlands auf dem High-Tech-Markt gestärkt“, heißt es aus dem Ministerium. Die Mikrosystemtechnik sei heute schon für zahlreiche Branchen von strategischer Bedeutung, v.a. in der Automobilbranche (z.B. Airbag-Sensor, ABS, Drehratensensor). Entsprechend konzentriert sich die künftige Förderung auf die Kommunikations- und Automobiltechnik, den Maschinen- und Anlagenbau sowie die Chemie- und Labortechnik. Absicht ist, einen Innovationsschub einzuleiten bzw. zu fördern. 100 Mio. DM umfaßt auch das neue Förderprogramm für Biotechnologie. Auch hier ist das Ziel, „die gegenwärtig in Deutschland entstehende Biotechnologiebranche zu einem international wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweig zu entwickeln“. Außerdem soll damit die Gründung und Etablierung neuer Forschungsunternehmen betrieben werden.

STUDENTENOPFER. Opfer der Einsparungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung drohen die Studierenden zu werden. Von den vorgesehenen 1109 Mio. DM Einsparungen sollen 500 Mio. beim Bafög abgezackt werden. Angeblich ändere sich für die Studierenden nichts. Tatsächlich wird zukünftig die Hälfte des Bafögs, die bereits jetzt als zinsfreies Darlehen aus dem Bildungsetat gezahlt wird, von der Deutschen Ausgleichsbank gezahlt. Das Deutsche Studentenwerk hält diese Regelung für einen „Skandal“, da die 500 Mio. für immer aus dem Bafög-Plafond verschwunden seien. Schon vor vier Jahren hatte der damalige Bildungsminister Rütgers versucht, das Bafög in einen Bankenkredit umzuwandeln, war damit aber gescheitert. Der jetzige Plan unterscheide sich, heißt es aus dem Bildungsministerium, da das Ministerium für die Zinsen der Ausgleichsbank aufkomme. Noch vielleicht – aber für wie lange?

SÜDOSTEXPANSION. Regierung und Kapitalistenverbände haben einen Lenkungskreis gebildet, der die „deutschen Interessen“ im Kosovo koordinieren und durchsetzen soll. Ihm gehören das Bundeswirtschaftsministerium, das den Lenkungskreis zusammen mit dem „Ostauschuß der deutschen Wirtschaft“ leitet, das auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie neben dem „Ostauschuß“ der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Industrie- und Handelstag an, dazu eine Reihe sog. „Experten“. Der „Ostauschuß“ ist auch an der Auswahl solcher „Experten“ zur Besetzung der Wiederaufbaugentur der Europäischen Union beteiligt,

die ab 1. Oktober „vor Ort“ den Stand der Kriegszerstörungen begutachten und Aufträgen vergeben wird. Das nach Südosteuropa drängende deutsche Kapital erfährt weitere Unterstützung durch die in Abstimmung mit dem BMWi arbeitenden Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, die in den nächsten Wochen eine Informationsleitstelle „Wiederaufbau Kosovo/Südosteuropa“ einrichtet.

WAHRHEITSMONOPOL. Die Bundeswehr schloß am 2. Juli einen von der jugoslawischen Armee betriebenen Sender in Orahovac, da dieser „gezielte Falschinformation verbreitet“ und so die Bevölkerung „beunruhigt“ haben soll. Nach Angaben des Bundeswehresprechers verbreitete der Sender Desinformationen, indem er beispielsweise über Angriffe auf humanitäre Konvois oder serbische Zivilisten berichtet hat.

EUROPOL. Am 1. Juli nimmt Europol offiziell die Arbeit auf. Obwohl zur Strafverfolgung geschaffen, liegt der Schwerpunkt der Tätigkeit im präventiven Bereich. Diese Entwicklung wird durch die geplante Zuweisung weiterer Kompetenzen, die auf operative Aktionen zielen, verstärkt werden. „Operative Aktionen“ meint nach einschlägiger Definition nicht die Verfolgung von Straftaten, auch nicht die unmittelbare Gefahrenabwehr, sondern eine Vorfeldarbeit, die auf die „Beseitigung von kriminellen Ausgangs- und Operationsbasen“ (Stümper) abzielt. Entsprechend überschreiten die Befugnisse von Europol bei der Verarbeitung und Speicherung personenbezogener Daten die Befugnisse der nationalen Polizeien bei weitem; z.B. darf Europol Daten von Kontakt- und Begleitpersonen von Personen erfassen, von denen angenommen wird, daß sie einmal Straftaten begehen könnten, kann Daten zum Sexualleben oder zur Gesundheit erfassen etc. Hier formiert sich auf europäischer Ebene ein neuer Typ von Sicherheitsapparaten, in denen die Polizeien, unterstützt von den Geheimdiensten, miteinander verschmelzen und in teilweise eigens geschaffenen rechtsfreien Räumen kontrollieren, überwachen, verfolgen und sich selbst der Kontrolle entziehen.

VERLUST. Nach Angaben der Stiftung Lesen nahm der Anteil sprachentwicklungsgestörter Kinder im Alter von drei bis vier Jahren im letzten Jahrzehnt von 4 auf 25 Prozent zu. Allgemein nehme die Sprach- und Lesefähigkeit immer mehr ab. Von den Erwachsenen mit Deutsch als erster Sprache verfügten 14 Prozent über sehr schlechte, weitere 34 Prozent über unzureichende Möglichkeit, den Inhalt von Texten zu verstehen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? „Aktuell in Berlin“. Am 6. September beginnt die erste Sitzungswoche des Bundestages nach der Sommerpause.

Gestaltungsabsichten des Eichel/Schröderschen Sparprogramms

Das Sparprogramm ist so unübersichtlich, weil es mit den Wahlversprechen von SPD und Grünen nicht in Übereinstimmung steht. Es fehlt also am argumentativen Unterbau, zur Beurteilung stehen bloß die rohen Tatsachen.

Diese Nicht-Übereinstimmung betrifft die Bereiche, die unter „Sozialabbau“ gefaßt werden, am breitesten diskutiert bei der gesetzlichen Rente, wo die „nettolohnbezogene Rente“ ausläuft und deutlich wird, daß die soziale Problematik der Altersversorgung direkt mit der Entwicklung der Kapitalrendite verbunden werden soll.

Staatsschulden senken = Privatisierung aller Daseinsvorsorge

Als Hauptgrund für den Sparzwang gibt die Regierungskoalition an, daß die Staatsverschuldung zu hoch sei. Dadurch werde der Spielraum für Staatsinterventionen zugunsten von Arbeitsplätzen oder, allgemeiner, von Staatsinterventionen für Wirtschaftswachstum verengt.

Von den Privaten aus gesehen ist die Staatsschuld eine Anlageform. Sie unterliegt anderen Risiken als etwa die Beteiligung an Unternehmen. Die Sicherheit der Staatsschuld hängt ab von der Stabilität des Geldwertes und der Fähigkeit des Staates, Steuern einzutreiben.

Abbau der Staatsschuld bedeutet letztlich, daß ein größerer Teil der anzulegenden Mittel in die Wirtschaft muß. Führt die Regierung den Kapitalbedarf der öffentlichen Hand herunter, sollten private Investitionen erleichtert werden.

Der Effekt ist doppelt: Die große Zahl von Anlegern, die Ersparnisse hat, die zwar beachtlich sind, aber nicht zum Einstieg in ein Geschäft ausreichen, wird aus Staatspapieren in andere Anlagen gedrängt. Letztlich geht es darum, gutverdienende Angestellte und Beamte unter Führung der Kapitalisten unmittelbar am Wirtschaftsleben zu interessieren und von dem Versorgungsgedanken wegzuführen. Das bringt dann eine ideologische Verschiebung.

Die Sicherheit der Staatsschuld beruht auf der Steuerkraft des Ganzen. Die Besteuerung greift nach der Wertschöpfung ein und nachdem die Ergebnisse der Verteilungskämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital stehen. Die Steuerkraft des Ganzen ist ein Anzeiger für den Grad von Wohlstand oder Armut. Die Politik kann auf die Verteilung von Lohn und Profit, die an der Quelle ausgekämpft wird, durch Besteuerung einwirken und – je nach ihren Vorstellungen – mit Verteilungsgerechtigkeit nach der einen

Dokumentiert: Deutschland erneuern

Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität

Zukunft gestalten – Die Herausforderungen annehmen

Bei Amtsübernahme hat die Bundesregierung eine katastrophale Finanzlage vorgefunden. Fast jede vierte Steuermark gibt der Bund für Zinsen aus. Deutschland ist auf dem Weg in den Schuldenstaat. Massenarbeitslosigkeit und erdrückende Abgabenlast der Bürgerinnen und Bürger haben sich in der letzten Jahren aufgebaut. Das kann so nicht weitergehen. Wenn wir jetzt nicht gemeinsam gegensteuern, setzen wir unsere Zukunft aufs Spiel ...

Arbeitsplätze schaffen: Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Hierzu haben wir bereits kurz nach der Wahl ein Maßnahmenbündel ergriffen. Mit dem Bündnis für Arbeit, in dem erstmals wieder Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung zusammenarbeiten, wollen wir einen hohen Beschäftigungsstand und die Sicherung von Ausbildungsplätzen erreichen. Das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist sehr erfolgreich angelaufen und wird fortgeführt. Wir haben die aktive Arbeitsmarktpolitik verstetigt und geben damit den Menschen ohne Arbeit eine Chance, einen Weg aus der Arbeitslosigkeit zu finden. Hinzu kommen Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes, z.B. die Neuregelung des Schlechtwettergeldes oder der soziale Schutz für über 5 Millionen geringfügig Beschäftigte.

Handlungsfähigkeit sichern: Wir wollen eine Politik, die unser soziales Gemeinwesen aktiv gestaltet, die für soziale Gerechtigkeit, Arbeitsplätze, für eine lebenswerte Umwelt und Wachstum sorgt. Wir müssen dafür sorgen, daß die Zukunft bezahlbar bleibt. Damit der Staat nicht seiner Handlungsfähigkeit beraubt wird, muß jetzt gehandelt werden. Bei einem weiteren Marsch in die Verschuldung könnten Staat und Politik in Zukunft nur noch reagieren, aber nicht mehr aktiv gestalten ...

Verantwortung für zukünftige Generationen übernehmen: Es geht um das Deutschland unserer Kinder. Es ist verantwortungslos, ständig über die finanziellen Verhältnisse zu leben. Wir können es nicht zulassen, daß unsere Kinder ein Leben lang nur dafür arbeiten müssen, die Schulden abzutragen, die unsere Ge-

neration aufgehäuft hat ...

Wachstumsimpulse setzen: Sparen ohne Wachstum ist Stillstand. Unser Zukunftsprogramm setzt zusätzlich und gezielt Wachstumsimpulse für den konjunkturellen Aufschwung. Wir schaffen ein modernes, international konkurrenzfähiges Steuerrecht, das wachstums- und investitionsfördernd ausgestaltet ist. Beschäftigung wird ebenso gefördert wie der schonende Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Steuergerechtigkeit herstellen: Wir stellen Steuergerechtigkeit in unserem Land wieder her, indem wir die Besteuerung konsequent nach der Leistungsfähigkeit ausrichten. Kleine und mittlere Unternehmen, Familien und Arbeitnehmer müssen entlastet werden. ...

Gezielte Schnitte fördern das Wachstum – Eckpunkte der Haushaltskonsolidierung: ... Schwerpunkte der Maßnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes sind die Stabilisierung des Sozialstaates, der Subventionsabbau und die Straffung des Staatsapparates mit einer Verkleinerung des öffentlichen Dienstes. So wird die Last der Sparmaßnahmen auf viele Schultern verteilt.

Im sozialen Bereich konzentrieren sich die Maßnahmen auf strukturelle Anpassungen bei den Renten, dem Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe ...

Steuerlicher Subventionsabbau: Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 ist schon viel für den steuerlichen Subventionsabbau getan worden... Weitere Schritte folgen jetzt. So wird es u.a. eine Besteuerung der kapitalbildenden Lebensversicherungen geben ... Daneben werden die Sätze für die Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter entsprechend der BFH-Rechtsprechung auf jeweils realitätsnahe Werte zurückgeführt. Das Ende der Laufzeit für Zinsen auf Steuererstattungen und Steuernachzahlungen wird nicht mehr auf vier Jahre begrenzt ... Weiteren Subventionsabbau wird es u.a. durch schrittweisen Abbau der Gasölbetriebshilfe in der Landwirtschaft sowie die bedarfsgerechte Verringerung der Aufwendungen für den sozialen Wohnungsbau geben. ...

Familien entlasten: Mit der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs entlasten wir Familien verfassungsgerecht.

Unternehmen entlasten: Ziel der Unternehmenssteuerreform ist die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb sollen die im internationalen Vergleich hohen nominalen Steuersätze gesenkt werden ...

Quelle: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Haush99/Grundsatzpapier.htm>

oder anderen Seite hin korrigieren. Wer seine Versorgung bzw. das Familienvermögen auf die Staatsschuld aufbaut, setzt auf eine etwas krause Art auf Florieren und Bestand des politisch-wirtschaftlichen Zusammenhanges.

Anders der Investor in Geschäfte. Gute Entwicklung der Rendite zeigt bloß, daß der Anleger aufs richtige Pferd gesetzt hat. Die Umorientierung der Sparer auf die Rendite orientiert im Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital auf Sieg der Unternehmenseite und in der Konkurrenz der Unternehmen auf Sieg der eigenen Anlage.

Die Privatisierung sämtlicher durch die Notwendigkeiten der Daseinsvorsorge gesetzter Interessen ist die Richtung, in die das Paket zieht, der Trend, den es fördern will und wird.

Über diese generelle Richtung gibt es bei den bürgerlichen Parteien kaum noch eine Meinungsverschiedenheit. Die Absicherung des Alters, der Gesundheit, der Wohnung und schließlich der Bildung der nachkommenden Generation, alles soll möglichst unmittelbar an den Wirtschaftserfolg von Unternehmen gebunden werden.

Unterschiedliche Staatsintervention. Union: fürs selbstarbeitende Eigentum SPD: für die „Neue Mitte“?

Meinungsverschiedenheiten bestehen zwischen der Sozialdemokratie und der Union v.a. über die konkrete Ausgestaltung der Staatsinterventionen in die Wirtschaft.

Die Unionsparteien neigen dazu, das kleine Eigentum, Handwerk, kleine Geschäftsleute und Landwirte, zu stützen. Die SPD neigt dazu überhaupt nicht; gegenüber der Landwirtschaft legt sie sogar eine höhnisch feindselige Haltung an den Tag.

Diese Differenz ist keineswegs geringfügig. Es geht nicht nur um erhebliche Personenkreise, sondern um stilbildende Lebensformen. Der Konservatismus würde z.B. seinen universellen Geltungsanspruch verlieren, gäbe es nicht Lebensverhältnisse, in denen ein hartes Los und persönliches Eigentum an den Produktionsmitteln zusammenfielen, und wäre Besitz an Produktionsmitteln gleichbedeutend mit einem saftigem arbeitslosen Einkommen. Diese tragende Rolle für eine Ideologie trägt dem Handwerk und den Bauern den Haß der SPD ein; es wäre der Partei am liebsten, diese Existenzen verschwinden ganz.

Die negative Haltung zu Handwerk und Bauern führt zu seltsamen Verrenkungen. Da die große Industrie in ihren modernsten Branchen Arbeitsbereiche ausgliedert und eine von ihr abgeleitete neue Selbständigkeit schafft und da diese neue Selbständigkeit den Kunstbegriff der Neuen Mitte so ungefähr noch am besten erfüllt, muß die Partei gleichzeitig dafür und dagegen sein. Dies gelingt über die Förderung bzw. Nichtförderung von Bereichen (Landwirtschaft 3

mal Minus, Gentechnik 3 mal Plus).

Der Aufschwung = Anschub des Kapitalmarktes + Umstrukturierung des Arbeitsmarkts

Ein Ausbruch aus der sozialdemokratischen Tradition ist erforderlich in Sachen Arbeitslosigkeit. Die Hoffnung auf den Aufschwung ist die letzte Klammer, die Regierung und Wählerschaft zusammenhält. Die Regierung will den Aufschwung durch Entlastung des Kapitalertrags und des Kapitalmarktes anschieben. Sie sieht aber gleichzeitig die Notwendigkeit der Umstrukturierung der industriellen Reservearmee. Denn wenn gegenwärtig auch ein Überangebot von Arbeitskraft besteht, so besteht dieses Überangebot nicht für jede Art von Arbeit und nicht für jedes Entgelt. Die Arbeitskräfte, die sich gegen gewisse Zumutungen sperren, müssen mobilisiert werden. Es ergeben sich daraus für den Haushalt entgegengesetzte Folgen. Maßnahmen, die als „Anreiz zur Aufnahme von Arbeitsverhältnissen“ laufen, sparen Kosten. Maßnahmen für „Langzeitarbeitslose“ die man als Umerziehungsmaßnahmen begreifen kann, kosten Geld.

Was tun SPD und Grüne für ihren Anhang, die Neue Mitte?

Die Einkommensverluste der letzten Jahrzehnte haben dazu geführt, daß das familiäre Reproduktionsmodell nicht nur für Arbeiter Einkommen zu teuer geworden ist, auch sogenannte Besserverdienende fallen in der Breite oft unter die Einkommensgrenze, die den Unterhalt einer Familie ermöglichen würde.

Das rührt an die Grundfesten der ideologischen und politischen Reproduktion. In Erkenntnis dessen haben die höchsten Gerichte gesprochen, und in Erkenntnis dessen folgt die Regierung. Ähnliches zeichnet sich auch in der Schul- und Bildungspolitik ab. Die staatliche Sozial- und Bildungspolitik der kommenden Jahre wird sich darauf konzentrieren, die Reproduktion der mittleren Einkommensklassen zu stabilisieren, während die Reproduktion der unteren Einkommensklassen umgewälzt wird.

Der wirtschaftliche Interessengegensatz, in dem die von Lohn und Gehalt abhängigen Mittelklassen zum Kapital stehen, wird durch die Lenkung von Vermögensbildung und Spartätigkeit austariert. Dadurch wird der führende Einfluß der wirklich Reichen gestärkt, d.h. jener Klassen, die über so viel Vermögen verfügen, daß sie durch ihre persönliche Aktion bestimmenden Einfluß auf den Geschäftsbetrieb ausüben können. Der Führungsanspruch jener, die durch ihren privaten Reichtum gesellschaftlich führend wirken, wird paradoxerweise gerade dadurch gestärkt, daß das private Vermögen dem Blick der Öffentlichkeit entzogen wird. Mit einiger Erbitterung sind sich alle – ausgenommen nur die PDS – einig, daß eine Besteuerung der Vermögen oder ein harter Durchgriff

CDU: Wochenthema

Die Folgen des sogenannten Zukunftsprogramms 2000

... Die Zeche der unseriösen Politik der Regierung Schröder zahlen:

Die Wirtschaft: Das Sparkonzept der rot-grünen Bundesregierung schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Die massiven Kürzungen bei den Investitionsausgaben wirken sich negativ auf Wachstum und Beschäftigung aus.

Der Aufbau Ost: Der Osten trägt im Jahr 2000 mit 8 Milliarden DM, in 2001 mit 9 Milliarden DM und in 2002/2003 mit je 10 Milliarden DM zu den sogenannten Konsolidierungsmaßnahmen bei ...

Die Kommunen: Der Abbau der originären Arbeitslosenhilfe um 1,3 Milliarden DM führt unmittelbar zu einer höheren Belastung der kommunalen Haushalte und macht die Betroffenen zu Sozialhilfeempfängern... Angesichts der angespannten Finanzsituation der Kommunen führen zusätzliche Belastungen unmittelbar zu weiteren Kürzungen kommunaler Investitionen.

Die Landwirtschaft: Für die Landwirtschaft sind ebenfalls massive Haushaltskürzungen vorgesehen, beginnend mit einem Minus von 857 Millionen DM im Jahr 2000 und einem sukzessiven Anstieg der Kürzungen auf über 1,4 Milliarden DM im Jahr 2003.

Die Rentner: ...werden die Renten von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung abgekoppelt.

Die Familien: (Die Entlastungen) werden durch Belastungen an anderer Stelle vielfach Makulatur.

beim Erben nicht in Frage kommen.

Das Vermögen, der Besitz werden politisch und gesellschaftlich unsichtbar. Ihr Wirken wird unantastbar.

Die Gestaltungsabsicht des Eichel/Schröderschen Sparpakets wird langsam erkennbar. Sie zielt nicht mehr klassisch auf Moderation des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital durch den Staat und nach Gerechtigkeitsvorstellungen. Die SPD-Politik versucht, breite soziale Schichten der Lohnabhängigen in geistige Abhängigkeit der Kapitaleigner zu lavieren, die vornehm aus dem Hintergrund heraus wirken. Als Leitbild wäre der moderne Wirtschaftsanwalt geeignet, der windig und wenig aus dem Heer der Millionen sich herausgewunden hat. So etwas durchquert einen mit uralten Bäumen bestandenen Park, macht einen sehr nützlichen Vorschlag auf Kosten von ein oder mehreren Hunderttausend Mitmenschen, wird mit einer Spur Ekel weggeschickt und berechnet im Geheer freudig erregt das angemessene Honorar. – Daß so eine Konzeption die Grünen aufreiben muß, ist irgendwie klar, weitaus weniger gewiß jedoch, wie die SPD damit auf Dauer klarkommen soll. *alk, maf*

Arme Grüne, reiche Grüne

Im Meinungsstreit der Bündnisgrünen findet die „2. Chance“ große Beachtung. Der Text – ca. 20 000 Zeichen – enthält das Wort „Krieg“ nicht. Man argumentiert lieber indirekt.

„Die zweite Generation konstituiert sich nicht allein über das Alter, sondern über den Politikstil. Wir Jungen als Teil der zweiten Generation wollen und können dem Treiben der vielen moralisierenden Besserwisser in unserer Partei aus der Gründergeneration nicht mehr tatenlos zusehen ... es bedarf einer klaren Entscheidung über den richtigen Weg der Partei in der Zukunft. Wir treten dabei ein für eine klare, machtbewußte, pragmatische Positionierung, aber auch für eine teilweise Auswechslung der Mitgliedschaft: Wer zur Nichtwahl ... sollte sich überlegen, ob er nicht in einer linken Folkloregruppe besser aufgehoben ist, als in einer Partei.“

Machtbewußt und moralvergessen – Parteifunktionäre, die dieser Devise anhängen, müssen auch an teilweise Auswechslung der Mitgliedschaft denken. Sie wollen sich nicht messen lassen an Parteiprogramm und -tradition (das meint die Rede von moralisierender Besserwisseri), woran wohl dann?

„Wem es reicht, das Richtige zu fordern, für den ist eine Bewegung genau das Richtige. Wer versucht, daß Mögliche zu erreichen, der ist in einer Partei richtig ... Für wen unvermeidliche Kompromisse mehr Frust als Lust sind, wer die Regierungsbeteiligung lieber nörgelnd als konstruktiv begleiten will, wer glaubt, opponieren und regieren sei gleichzeitig möglich, der ist herzlich eingeladen, das zu tun – aber bitte in einer Bewegung und nicht in unserer Partei.“

Das Richtige ist danach unmöglich. Was ist das Mögliche? „Die neue Positionierung wäre ... einerseits ein Angebot an alle, die nicht vergessen haben, daß Eigentum verpflichtet. Andererseits würde es den schwächeren Menschen zeigen, daß es noch eine politische Kraft gibt, die ihnen helfen will und nicht den verkrusteten Strukturen der Sozialstaatsbürokratie. Wir wollen das brachliegende geistige Erbe des verantwortungsvollen Liberalismus aufnehmen und mit dem Eintreten für Ökologie und Generationengerechtigkeit verbinden. Mit diesem Konzept würden die GRÜNEN wieder die Lücke füllen, die SPD und CDU lassen. Sie wären wieder eine Alternative zu dem klassischen Politikangebot.“

Wo Eigentum verpflichtet, Stärkere Schwächeren helfen, Mächtige Gerechtigkeit stiften, da geht es um eine Legitimationslegende für Bereicherung. Ein dringendes, drängelndes Interesse, aber kein breites. *maf*

PDS wird ausgeschlossen

Noch im Herbst letzten Jahres hatte die rot-grüne Regierungskoalition vorschlagen, das parlamentarische Geheimdienstkontrollgremium (PKG) auf 15 Mitglieder zu vergrößern, damit alle Fraktionen in diesem Gremium vertreten sind. Nun aber hat sich die ganz Große Koalition von Bündnis 90/Grüne, die ihre Diskriminierung in ihren Anfängen längst vergessen haben und bei der Diskriminierung anderer bereitwillig mitmischen, bis zur CSU darauf verständigt, die Größe des Kontrollgremiums mit neun Mitgliedern so klein zu halten, daß die PDS draußen bleibt und die staatstragenden Parteien unter sich bleiben. In der letzten Legislaturperiode blieb die PDS-Gruppe von der Kontrolle der Geheimdienste ausgeschlossen, weil sie die Fraktionsstärke nicht erreicht hatte, jetzt, wo die PDS in Fraktionsstärke vertreten ist, wird das Gremium eben so zugeschnitten, daß das Ziel des gezielten Ausschlusses erreicht wird.

Zwar gibt es eine Reihe kleinerer parlamentarischer Gremien, in denen ebenfalls keine Mitglieder kleiner Fraktionen mitarbeiten. Doch haben diese Fraktionen in diesem Fall die Möglichkeit, sich über die Themen, die dort behandelt werden, im Rahmen des Fragerechts und der Plenardiskussion kundig zu machen und die eigenen Auffassungen einzubringen. Das ist bei der PKG nicht der Fall. Seine Arbeit unterliegt strikter Geheimhaltung, ein Recht auf Auskunft gibt es für Nicht-Mitglieder nicht, es gibt also keinen anderen Zugang als die unmittelbare Zugehörigkeit.

Schon der frivole Zugriff auf parlamentarische Rechte einer unliebsamen Partei ist skandalös. Tatsächlich ist die PDS die (inzwischen) einzige im Parlament vertretene geheimdienstkritische Partei. So liegt der Verdacht nahe, daß die Geheimdienste vor kritischer Kontrolle geschützt werden sollen. Und zwar in einer Zeit, in der die verschiedenen Apparate wuchern, immer undurchschaubarer werden, neue Aufgaben erhalten, ihre Rolle und ihr Verhältnis zueinander neu bestimmen, das Trennungsgebot zwischen Polizei und Diensten immer weiter aufweicht. Darüber hinaus mutmaßt die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke, daß der Sinneswandel der Regierungskoalition – Verringerung der PKG von zunächst vorgeschlagenen 15 auf 9 Mitglieder – als Vorkriegsentscheidung verstanden werden müsse. D.h. daß „es also vor Beginn des Kosovo-Krieges Informationen über den BND und den MAD gegeben hat, die den einzigen parlamentarischen Kriegsgegnern nicht in die Hände fallen sollten. Diese Spekulationen erhalten dadurch Nahrung, daß auch in den Medien relativ offen über opera-

tive Einsätze der Nachrichtendienste respektive des BND spekuliert wird. Kolportiert wird beispielsweise, daß der BND zusammen mit der CIA einen geheimen Plan zur Sabotage gegen den jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic ausgearbeitet habe (vgl. FAZ und ND vom 25.5.1999) und mit mehreren Millionen Mark an der Bewaffnung der UCK beteiligt sei (vgl. Welt am Sonntag, 24.5.1999).“ (Ulla Jelpke, *Geheim* 2/99)

Leider blieb die PDS-Kritik etwas verhalten. Dies mag mit der PDS-internen Diskussion zu tun haben, die u.a. um die Frage geht, ob eine Beteiligung an der Kontrolle nicht eine Legitimierung der Geheimdienste bedeute und so der Forderung nach Abschaffung aller Geheimdienste entgegenstehe, oder ob die parlamentarischen Rechte im Sinne der Gegenwehr gegen den Abbau von Grund- und Freiheitsrechten eingefordert und darüber hinaus die Kritik der Geheimdienste verbessert werden müsse. *scc*

BGS im Auslandseinsatz

Regierung mißachtet Parlament

Nach § 8 Abs. 1 des Gesetzes über den Bundesgrenzschutz (BGSG) ist die Bundesregierung verpflichtet, das Parlament über den Einsatz von Angehörigen des Bundesgrenzschutzes im Ausland zumindest zu unterrichten. Tatsächlich setzt sich die rot-grüne Regierung auch über dieses Gesetz einfach hinweg. Mit einer Anfrage an das Bundesinnenministerium machte die PDS-Abgeordnete Petra Pau jetzt bekannt, daß sich Angehörige des Bundesgrenzschutzes seit 7. April in Albanien und Mazedonien umtreiben, ohne daß das Parlament unterrichtet worden wäre oder gar seine Zustimmung gegeben hätte.

In Albanien sind drei BGSler „mit dem Auftrag der Aufklärung der Flüchtlingssituation sowie der Koordinierung von Flüchtlingsmaßnahmen“ tätig, organisatorisch ist das Team an die Polizeimission MAPE, der WEU angebunden, an der sich die BRD seit 1997 mit 15 Beamten beteiligt.

In Mazedonien sind 15 „Grenzschützer“ im Einsatz, laut Angaben des Bundesministeriums des Innern mit der Auswahl der nach Deutschland ausgeflogenen Kosovo-Flüchtlinge „nach den durch die Bundesregierung festgelegten Kriterien“.

Die arrogante Antwort des Bundesinnenministeriums auf die PDS-Anfrage: Da die mazedonische Regierung dem Einsatz zugestimmt habe, komme § 8 BGSG nicht zur Anwendung. Inzwischen kündigte das Innenministerium an, daß demnächst bis zu 200 Polizisten und Grenzschützer in den Kosovo geschickt würden. Über eine geplante Unterrichtung des Parlaments wurde bisher nichts bekannt. *scc*

Wie Europa den Balkan kontrollieren will

von Chris Marsden

Europa ist offenbar entschlossen, nach dem Krieg die Kontrolle auf dem Balkan zu übernehmen.

Einen konkreten Einblick in die europäischen Ambitionen vermittelt ein Dokument, das im Mai von einem führenden „Think Tank“, dem Zentrum für europäische Politikstudien (Center for European Policy Studies, CEPS), veröffentlicht wurde. Unter dem Titel *Ein System für die Nachkriegszeit in Südosteuropa: Plan für den Wiederaufbau, für Öffnung, Entwicklung und Integration* liefert dieses Papier eine Vorlage für die europäische Übernahme des Balkans.

Der darin enthaltene Zehn-Punkte-Plan ist wesentlich deutlicher als das, was im Rahmen des Stabilitätspakts ins Auge gefaßt wurde. So werden folgende Ziele genannt: die assoziierte Mitgliedschaft in der EU; Dringlichkeitshilfe; Zollunion mit der EU und sofortige Abschaffung aller Zölle; „Euroisierung“ [Einführung des Euros als gängige Währung für die Region]; Gründung einer südosteuropäischen Agentur für Wiederaufbau; Schaffung ziviler Einrichtungen; Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Schutz der erweiterten EU-Zollgrenzen mit Hilfe von europäischen Polizei und paramilitärischen Einheiten; militärische Kontrolle durch EU-geführte Friedenstruppen; Integration der Verwaltung und private und öffentliche Sonderabteilungen.

Plan für ein EU-Protektorat

Das Dokument stellt eine aggressive Zurschaustellung der europäischen imperialistischen Interessen dar und faßt die Umwandlung der gesamten Region in ein EU-Protektorat ins Auge. „Die NATO“ habe „eine notwendige Aufgabe erfüllt“, heißt es, „indem sie versuchte, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit militärischer Gewalt zu stoppen. Aber sobald die Militäraktionen zu Ende sind, muß die zivile Ordnung aufgebaut werden, und hier muß die Europäische Union ihrer Verantwortung gerecht werden.“

Nach einer Verbeugung vor der militärischen Stärke der USA fordern die Verfasser die europäischen Großmächte auf, schrittweise alle militärischen und polizeilichen Funktionen zu übernehmen, entweder unter dem Schirm der NATO oder direkt. Das Papier wurde schon vor dem Beschluß zum Aufbau eigener EU-Truppen entworfen, aber es lobt die EU für ihre Schritte in diese Richtung.

Für die EU sieht der Plan eine permanente bewaffnete Präsenz vor. „Die friedenserhaltenden Maßnahmen müssen

mehr und mehr unter EU-Führung gestellt werden“, und die EU soll die Oberaufsicht „über den Zoll sowie die Polizeigewalt bei der Kontrolle aller Häfen und Grenzübergänge ausüben.“ Dies soll Bedingung für die assoziierte Mitgliedschaft sein.

Das CEPS betont, die EU müsse „berühmte Leistungen für eine paramilitärische und polizeiliche Unterstützung aufbringen, damit die Kontrolle übernommen werden kann, sobald das Militär abzieht.“ (...) Im allgemeinen hat die EU die Aufgabe, in Südosteuropa ein weites Feld von operativen Einsätzen im Sicherheitsbereich abzudecken, das von ‚sanfter‘ Zusammenarbeit bis hin zu ‚harter‘ militärischer Intervention reicht.“

Um dies zu veranschaulichen, verweist die CEPS auf die Lehren aus Bosnien-Herzegowina: „Bosnien liefert eine einmalige Erfahrung, wie man ein modernes Protektoratssystem praktisch umsetzt. Daraus müssen Lehren gezogen werden.“

Folgende Passage macht das Ausmaß der Diktatur in Bosnien deutlich: „Seit dem Dayton-Pakt von 1995 wurde in Bosnien mit Hilfe eines komplexen Protektoratsregimes der Frieden zwischen den ethnischen Gruppen erhalten und der multi-ethnische Charakter wiederhergestellt. NATO und SFOR-Truppen unterstützen den internationalen Hohen Repräsentanten, der unter dem Dayton-Abkommen umfassende Vollmachten hat (die bei dem Treffen des Friedensrats vom Dezember 1997 in Bonn noch erweitert wurden). Das Geldsystem wird auf der Grundlage von DM und Euro von einem Währungsgremium verwaltet. An dessen Spitze steht der Direktor einer westlichen Zentralbank (von Neuseeland), der vom IWF ernannt wurde. Umfangreiche Wiederaufbauhilfe wird von der EU und der Weltbank geleistet.“

Doch mit all dem ist das CEPS noch nicht zufrieden. „Bosnien hat bisher die Chance vertan, eine bleibende wirtschaftliche Erholung einzuleiten“, beschwert sich das Institut und zitiert die Bemerkungen des stellvertretenden Hohen Repräsentanten Jacques Klein, daß „die Wirtschaft Bosniens ohne freien Handel und Marktwirtschaft in der ganzen Region niemals aufblühen wird.“ (...) Die Antwort liegt in einer aufgeklärten Regierung, nicht in einer klugen Grenzziehung in dieser Region.“ Eine solche „aufgeklärte Regierung“ ist nach Kleins Vorstellungen faktisch eine Ein-Mann-Diktatur. Das CEPS-Institut zitiert seine Worte kritiklos: „In Ostslowenien hatte ich als UN-Administrator sowohl die Kontrolle über den zivilen Teil

der Mission als auch über die militärischen Kräfte. (...) Beide Seiten der Mission waren auf diese Weise vollständig integriert ... und arbeiteten wie ein Tandem. In Bosnien ... operiert die NATO-geführte Truppe unter einem eigenen Mandat, was offen läßt, inwieweit sie den zivilen Aufgaben des Abkommens gerecht wird. (...) Bei zukünftigen Mandaten wird man den Befehlsabläufen zweifellos große Aufmerksamkeit widmen müssen. Dabei ist es vorzuziehen, ein einzelnes Individuum – Zivilperson oder Militär – sowohl für die zivile als auch die militärische Seite verantwortlich zu machen. Das wird in gewissen Kreisen immer noch als Ketzerei angesehen.“

Wenn es nach den Plänen des CEPS geht, könnte dieser Krieg, den zahlreiche Liberale und ehemalige Radikale als Kampf für die „Selbstbestimmung“ der Kosovo-Albaner unterstützt haben, das absolute Gegenteil hervorbringen.

Abschließend heißt es in dem Dokument ausdrücklich, der Krieg der NATO gegen Serbien bedeute die Aufhebung der traditionellen Konzeption nationaler Souveränität. „Der Krieg um Kosovo wurde geführt, weil sich in Europa die Vorstellung von Souveränität und andere politische Normen geändert haben. Die Ereignisse im Kosovo müssen deshalb (um die Worte der OSZE vom ‚Moskau-Mechanismus‘ 1991 zu umschreiben) als innere Angelegenheit von ganz Europa betrachtet werden.“

Wirtschaftliche Übernahme und Politik der verbrannten Erde für die jugoslawische Industrie

Mit dem Versuch, eine umfassende militärische Kontrolle des Balkans zu errichten, will Europa seine wirtschaftliche Vorherrschaft und Kontrolle über die reichen Bodenschätze an Kohle und anderen Rohstoffen und Mineralien auf dem Balkan sichern. Das CEPS fordert den Aufbau eines „Marktsystems“ – „multilateral und pan-europäisch“ und basierend auf „freiem Handel ohne Zölle“. Lokale Währungen sollen an den Euro oder die D-Mark gekoppelt oder, noch besser, durch die volle „Euroisierung“ ab 1. Januar 2003 ersetzt werden.

Eine neue Südosteuropäische Agentur für Wiederaufbau und Entwicklung (SEARD) soll als Tochtergesellschaft der Europäischen Investitionsbank „Eigentumsrechte im Infrastrukturbereich“ erhalten. Zur Abschaffung der Zölle sagt das CEPS: „Die EU hat nichts zu verlieren und alles zu gewinnen, wenn sie mit den ‚Fünf‘ [Albanien, Bosnien, Kroatien, Mazedonien und der Bundesrepublik Jugoslawien] sobald wie möglich ein Freihandelsabkommen abschließt. Die ‚Fünf‘ müssen ihrerseits den Schock des jetzi-

gen Kriegen positiv überwinden und einen sauberen Bruch mit der heutigen Praxis machen, die Zollerhebung als Quelle staatlicher Korruption und Vernetzungswirtschaft zu nutzen, was Handel und Investitionen kolossal behindert.“

„Die Lohnkosten“, fügt das Dokument hinzu, „sind in den ‚fünf‘ Ländern niedrig genug, um konkurrenzfähig sein zu können. Außerdem hat die durch den Krieg verursachte Zerstörung der bosnischen und serbischen Wirtschaft einen Neubeginn für die Industrie auf die Tagesordnung gesetzt. Dies sollte von Anfang an unter Bedingungen internationaler Konkurrenz geschehen, statt erneut eine ineffiziente, staatlich geschützte und korrupte Wirtschaft aufzubauen.“

Eine „Euroisierung“ käme einer faktischen Übernahme der wirtschaftlichen Ressourcen der Region gleich. So heißt es in dem Dokument weiter: „Der entscheidende Unterschied zwischen der Devisenbehörde und einer völligen Euroisierung besteht darin, daß nur letztere die völlige Integration in das Zahlungssystem, die Geld- und Kapitalmärkte der Euro-Region erlauben würde. Völlige Integration des Geldwesens heißt insbesondere Teilnahme am Zielsystem. Das erfordert, daß die Geschäftsbanken gemeinsame Sorgfalts- und Aufsichtspflichten akzeptieren. Um diese Kriterien erfüllen zu können, wäre höchstwahrscheinlich eine starke Präsenz von Geschäftsbanken der EU vonnöten, wie sie jetzt bereits in Lettland (70 Prozent unter ausländischer Kontrolle) oder Ungarn (60 Prozent) besteht.“

Der Bericht erwähnt die geopolitische Bedeutung des Balkan nur ganz beiläufig. Neben der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen gibt es allerdings laut CEPS noch eine andere Frage, die für die EU von Bedeutung ist. Dies sei der Aufbau von Straßen-, Eisenbahn- und Pipelinesetzen, um die großen Ölreserven aus der kaspischen Region transportieren zu können. „Wichtige Entscheidungen über den Verlauf neuer Öl- und Gaspipelines



Die NATO-Bomben haben die Zastava-Automobilwerke in Kragujevac zerstört.

von den GUS-Staaten, die durch die Region hindurch müßten, müssen im Zusammenhang mit deren zunehmender Integration in die EU nach dem Krieg getroffen werden.“

Die EU, so betont das CEPS, sollte keinen Versuch des Wiederaufbaus der Industrie in der Region unternehmen. Das wird weiter in einem Anhang zu dem CEPS-Dokument mit dem Titel „Ein Wirtschaftssystem für das Nachkriegs-Südosteuropa“ ausgeführt. Hier heißt es unverblümt: „Man muß einen zweiten wichtigen Punkt im Kopf behalten, nämlich daß es schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten praktisch keine lebensfähige wirtschaftliche Aktivität in einem großen Teil der Region gab. Die spärliche Industrie, die es in den ärmeren Teilen Jugoslawiens (und in Albanien) gab, war unter dem alten Regime errichtet worden und kann in einem offenen Markt nicht überleben. In ökonomischer Hinsicht fängt man hier praktisch bei Null an. (...) Die von den NATO-Bomben zerstörten Fabriken wiederaufzubauen, kostet vielleicht mehr [als Brücken, Straßen etc.] und würde zudem wirtschaftlich keinen Sinn machen. Die Erfahrung des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, daß eine Grundbedingung für einen erfolgreichen Übergang zur Marktwirtschaft die Einsicht ist, daß die meisten aus der sozialistischen Zeit ererbten großen Industrie-Dinosaurier nicht gerettet werden können. Daß Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo keine Schwerindustrie mehr besitzen, sollte man als Vorteil sehen.“

„Die wirtschaftlichen Aktivitäten in dem unmittelbar vom Krieg betroffenen Teil der Region sind praktisch zum Erliegen gekommen“, heißt es in dem Anhang zum CEPS-Dokument weiter. Aber hier sei keine Veränderung zu erwarten. „Wachstum in der Region muß von unten kommen, oder es wird nicht lebensfähig sein. Es ist unwahrscheinlich, daß FDI [ausländische Direktinvestitionen] eine große Rolle spielen werden, da die Region für große Industrieanlagen nicht attraktiv ist. Das Wachstum kleinerer und mittlerer Unternehmen kann nicht von außen gefördert werden.“

Die humanitäre Maske fällt

Die Vorschläge des CEPS widerlegen die Behauptungen, daß die imperialistischen Mächte einen Krieg für humanitäre Ziele geführt hätten. (...) In diesem Zusammenhang lohnt es sich, einmal anzuschauen, was das CEPS zur Frage der Flüchtlinge zu sagen hat, in deren Namen der Krieg vorgeblich geführt wurde.

Das Hauptdokument bemerkt dazu: „Die EU steht vor dem politischen Dilemma. Sie will sich selbst vor Flüchtlingsströmen, illegalen Einwanderern und vor organisierten kriminellen Aktivitäten (aus einigen Ländern der Region) schützen, ohne jedoch einen neuen eisernen Vorhang zwischen sich und den Ländern zu schaffen, die sie integrieren will.

Deshalb wird die EU aktive politische Konzepte innerhalb der Länder Südosteuropas entwickeln müssen, um die Probleme an ihrem Entstehungsort einzugrenzen. Diese politischen Maßnahmen müssen außerdem aufeinander abgestimmt und vielseitig sein (von Friedenserhaltung über die Sicherstellung von Recht und Ordnung, bis hin zur Wirtschaft usw.), um dem Umfang der Probleme gerecht werden zu können.“

Das CEPS sagt weiter, die EU habe „eine Liste von Ländern erstellt, für welche die EU-Länder Visa verlangen. Dies ist Bestandteil der Bestimmungen, die die Beitrittskandidaten erfüllen müssen.“ Auch im Anhang wird für eine „marktorientierte Herangehensweise an die Flüchtlingsfinanzierung“ eingetreten. Danach soll „jeder Einheimische, der Flüchtlinge in seiner Wohnung aufnimmt, fünf Euros pro Tag und Person erhalten“. Dies, so argumentieren die Verfasser, sei „weniger als das, was derzeit sowieso für Flüchtlinge ausgegeben wird. In Bosnien werden die durchschnittlichen Kosten zur Unterstützung der Lebenshaltung eines Flüchtlings auf etwa 20-25 DM oder 10-13 Euro pro Tag geschätzt, doppelt so viel wie beim hier vorgeschlagenen Modell. Diese Herangehensweise könnte daher tatsächlich noch Geld einsparen.“

Das Strategiepapier des CEPS ist nicht die offizielle EU-Politik, und obwohl es wohlwollend aufgenommen wird, werden große Teile davon niemals an eine breitere Öffentlichkeit dringen. Nichtsdestotrotz gibt es einen Eindruck von den Diskussionen, die in den höchsten Kreisen des europäischen politischen und wirtschaftlichen Establishments geführt werden.

Der CEPS-Bericht wurde in Zusammenarbeit mit Romano Prodi erstellt, dem Präsidenten der EU-Kommission. Peter Ludlow, der Direktor der CEPS, bemerkte während einer Diskussion über die Dokumente: „Die europäische Sicherheit durch Integration beginnt sich bereits zu entwickeln ... das steht im Zentrum der Prodi-Präsidentschaft.“

Ein weiterer Teilnehmer dieser Diskussion war Carl Bildt, der schwedische konservative Politiker und frühere Hohe Repräsentant der EU für Bosnien-Herzegowina. Bildt ist als möglicher EU-Koordinator für den Balkan im Gespräch. Während der CEPS-Diskussion forderte Bildt eine langfristige Stationierung von Truppen und die Entwaffnung der ganzen Region, die mit der EU-Mitgliedschaft bis zum Jahr 2010 einhergehen solle. Die britische Zeitschrift *Economist* lobte in ihrer Ausgabe vom 12. Juni seinen Plan eines „de-facto-Protektorats der UNO, das von der NATO geschützt wird“. Danach tritt Bildt dafür ein, den Balkan als eine große Region zu behandeln, in der „die Souveränität in strukturellen und ökonomischen Fragen an EU-Institutionen übertragen“ werden soll. (Quelle: CL-Netz)

Die Europäische Union – Feind oder Freund?

Am 28./29. Juni fand in Rio de Janeiro das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs von Lateinamerika, der Karibik und der EU statt. Im Anschluß an die Presseerklärung von Ulla Lötzer, PDS-MdB, dokumentieren wir die Rede, die Fidel Castro auf der Konferenz hielt.

Laissez-faire an der Copacabana

Die Handelsliberalisierung zwischen der EU und den Staaten des Mercosur stand im Zentrum des Treffens an der Copacabana. Die deutsche Exportindustrie setzt nun, nach Zerplatzen ihrer Träume von ständig steigendem Absatz in Asien und Rußland, auf Lateinamerika – zur Schaffung einer sozialen Weltwirtschaftsordnung der falsche Weg.

Die Vertreter der Bundesrepublik zeigen jedoch wenig Anzeichen, diese Realität der Globalisierung zu erfassen. Gebetsmühlenartig wiederholen sie: Soziale Entwicklung ergibt sich automatisch aus Handelsliberalisierung. Man setzt auf die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone bis 2005. Ein verkürztes Verständnis setzt soziale und demokratische Entwicklung mit Handel gleich. Kein Wunder, wenn bei solchem Herangehen der Entwicklungshilfeat gekürzt wird, wie das Sparprogramm von Finanzminister Eichel beweist.

Der wirkliche Hintergrund des Gipfels und des Drängens nach Freihandel liegt anderswo: Wie Hans-Peter Stihl und andere Wirtschaftsvertreter im Vorfeld des Gipfels korrekt feststellten, ist das „Abstecken von Claims“ und der Verdrängungswettbewerb zwischen den USA und der EU in Lateinamerika ausschlaggebend. Einzig dafür hat sich die Politik einzusetzen, damit „wir“ im härteren Konkurrenzkampf „die Nase vorne haben“.

Die Frage nach dem Ziel von Entwicklung und einer solidarischen Weltwirtschaftsordnung, die sich Rot-Grün noch in ihrer Oppositionszeit gestellt hat, entfällt. Auf der einen Seite stehen die Industrieländer und die Vertreter der exportorientierten Branchen; auf der anderen Seite die Schwellen- und Entwicklungsländer, die zunehmend keine Rolle mehr auf den Weltmärkten spielen, um jeden Preis Kapital anziehen und ihre Waren auf den Märkten der Industrieländer unterbringen müssen.

Die PDS wird weiter für eine soziale und demokratische Weltwirtschaftsordnung eintreten. Speziell die Fragen zu Handel und Entwicklung werden wir in der politischen Auseinandersetzung um künftige Handelsabkommen und die anstehenden WTO-Verhandlungen im Herbst 99 in Seattle in die politische Diskussion einbringen und rufen zur Mitarbeit auf.

Ulla Lötzer

Kooperation ohne Bedingungen

Lateinamerika und der Karibik bilden eine Ländergruppe, die über enorme natürliche und menschliche Ressourcen verfügt, Länder, die sich vereinigen und entwickeln wollen.

Wir sind bereits 499 Millionen Menschen, davon leben 210 unter der Armutsgrenze, 98 Millionen sind völlig unbemittelt. In den 80er Jahre verloren wir 223 Milliarden Dollars aufgrund der Nettoüberweisungen ins Ausland. Wir schulden über 700 Milliarden und haben in den letzten neun Jahre 850 Milliarden Schuldendienst gezahlt, ohne daß das jährliche Wachstum der Auslandverschuldung gestoppt worden wäre.

Ende der 80er Jahre betrugen die direkten europäischen Investitionen in der Region 54 Prozent des gesamten Investitionsvolumens. Jedoch zwischen 1990 und 1994 wurde diese Zahl auf bescheidene 23 Prozent reduziert. Die alten sozialistischen Länder aus Mittel- und Osteuropa verlangen heute von der EU zahlreiche Geldmittel. Rußland, damals eine Supermacht, ist heute ein Teil der Dritten Welt und weist niedrigere Pro-Kopf-Einkommen aus als die Länder des CARICOM. Die Gründe dafür liegen nicht nur an der ständigen und progressiven Reduzierung seines Bruttoinlandsproduktes um fast 50 Prozent in den letzten zehn Jahren, sondern auch an der Flucht von 300 Milliarden Dollars, die in europäische Banken gelangt sind. Ein riesiger Sieg der Marktwirtschaft und der politischen Rezepte des Westens.

Fast 80 Tage unverhältnismäßiger Luftangriffe haben in einem von niemandem mandatierten Krieg dazu geführt, enorme Geldsummen auszugeben. Die Kosten des Wiederaufbaus eines Landes, das von 23 000 Bomben und Raketen US-amerikanischer Herkunft zerstört wurde, werden im voraus von Europa verlangt.

Nach so vielen Verpflichtungen frage ich mich: Was bleibt der Europäischen Union für Investitionen in Lateinamerika und der Karibik übrig?

Die Union, die Integration und die gemeinsame Währung der europäischen Länder, die sich über Jahrhunderte so blutig bekämpft haben, heute jedoch überzeugt sind, daß diese Union unbedingt notwendig sei, um in der heutigen Welt ökonomisch überleben zu können, bedeuten für uns eine Hoffnung und ein Beispiel dafür, daß das Unmögliche möglich ist. Der Euro wird uns helfen, uns von dem Privileg und der Tyrannei des US-Dollars zu befreien. Wir bezweifeln nicht, daß Europa ein großer, mächtiger und reicher supranationaler Staat wird. Doch wir hoffen, er wird ein respektvoller Freund und nicht ein Feind der Drit-

ten Welt sein, der Souveränität von Ländern, die sich noch einigen, integrieren und entwickeln sollen.

Wir sprechen in diesem Fall im Namen Kubas, eines auf verbrecherische Weise blockierten Landes, das darüber hinaus durch ungerechte und ungerechtfertigte „gemeinsame Einstellungen“, die sich letztlich an den Versuch knüpfen, uns ökonomisch zu ersticken, noch als Wechselgeld geopfert wird. Ich hoffe, daß es keine neue Aufteilung der Welt unter die Supermächte geben wird, daß der unmögliche Wahnsinn, uns wieder in Kolonien zu verwandeln, nicht wieder versucht wird.

So lange es Schwache und Mächtige gibt, solange niemand bereit ist, auf seine Souveränität zu verzichten zugunsten der Weltsoveränität, werden wir diese Souveränität als etwas Heiliges verteidigen. Wenn wir davon ausgehen daß es keine niedrigen oder höheren Rassen gibt, warum sind wir, die Länder von Lateinamerika und der Karibik, arm und unterentwickelt? Wer trägt die Schuld dafür? Vielleicht können die heldenhaften Kinder von Chapultepec, die Millionen Unreinwohner, die in diesem Erdteil ausgerottet wurden, und die Sklaven, die jahrhundertlang in Fesseln gestorben sind, diese Fragen beantworten.

Die in Bretton Woods durchgesetzten Vorrechte sind für die Welt bereits unerträglich. Das Land, das die Verantwortung übernommen hat, die internationale Reservewährung auszugeben, deren Wert mit echtem Gold garantiert werden sollte, zögerte nicht, das Gold in Papier zu verwandeln, als es einseitig die freie Konversion des Dollars suspendierte; so übernahm seine Währung seither die Rolle des Goldes. Auf diese Weise bekamen die USA eine große Kauf- und Investitionskraft auf der ganzen Welt, doch die durchschnittlichen Nettoersparnisse der privaten Haushalte, wichtigste Grundquelle der Kapitalbildung, liegen in diesem Land bereits unter Null, dafür gibt es keine Parallele in der Geschichte des Kapitalismus. Als Herr und Besitzer der Institutionen des internationalen Finanzsystems ist ihnen alles erlaubt.

Mehr als eine „neue Architektur“ für ein altes und verfallenes System zu schaffen, sollte man dringend das etablierte Finanzsystem bis zu den Fundamenten niederreißen und ein neues, ehrliches, demokratisches, gerechtes und menschliches System schaffen, das einen Beitrag zur Beseitigung der Armut und zur Rettung der Welt leisten kann.

Schaffen wir das Wunder, das Unmögliche möglich zu machen. Mit offenen Armen sind wir bereit, von Europa eine Kooperation ohne Bedingungen und eine Solidarität mit Freiheit zu erhalten.



Mit einem Aufruf zur „solidarischen Globalisierung“ hatte Brasiliens Präsident Cardoso den ersten Gipfel der EU, Lateinamerikas und der Karibik eröffnet. Die Anhänger der brasilianischen Landlosenbewegung, die vor dem Tagungsgebäude der Regierungschefs demonstrierten, sehen das wohl anders. Sie kennen ihren Präsidenten Cardoso (auf dem Plakat hinter Gittern und mit Pinocchio-Nase) und seine Sprüche. (Bild: ND)

USA: Textilarbeiter stimmen für eigene Vertretung

Jubel unter den Arbeitern im US-Bundestaat North Carolina. Eine Abstimmung in den Fieldcrest-Cannon-Werken, der größten US-Textilfabrik, hat für nationale Schlagzeilen gesorgt. Die Mehrheit der rund 5200 Beschäftigten hat sich jetzt dafür entschieden, sich von der Textilgewerkschaft UNITE vertreten zu lassen. Erstmals seit der Gründung der Fabrik im Jahre 1906 sind gewerkschaftliche Organisationsversuche damit von Erfolg gekrönt. Ähnliche Versuche waren bislang am Druck und an der Einschüchterungstaktik der Betriebsleitung gescheitert. Anders als in Europa erhalten Gewerkschaften in den USA nur dann ein Vertretungsrecht, wenn Beschäftigte ausdrücklich dafür stimmen. Der Jubel unter den GewerkschafterInnen war groß, aber die allgemeine Lage der Gewerkschaftsvertretungen im Süden der USA sieht weiterhin traurig aus. In North-Carolina, sind nur 4,2 % der Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. In den gesamten USA allerdings auch nur 13,5 %.

USA: Erneuter Menschenrechtsappell zur Freilassung von L. Peltier

Erneut versucht die Solidaritätskampagne zur Freilassung von Leonard Peltier mit einem Appell an den zuständigen Gerichtshof, Freilassung und Wiedergutmachung für das Rassenurteil gegen den seit 1977 unschuldig in Haft einsitzenden Indianer durchzusetzen. Die Petition wurde eingebracht von dem ehemaligen US-Justizminister Ramsey Clark, der heute dem International Action Center vorsteht, und den Anwälten Carl Nader und Lawrence Schilling. Die Petition richtet sich gegen die Feststellung eines Gerichts, daß Peltier erst im

Jahre 2008 einen Antrag auf Begnadigung stellen könnte. Peltier ist durch die Haftbedingungen gesundheitlich extrem geschädigt.

Frankreich: KP wertet schlechtes Europawahlergebnis aus

„Die strategische Linie ist richtig, und wir müssen die Mutation noch Beschleunigung“, so die Einschätzung des Vorsitzenden der französischen KP, Robert Hue, auf einer Sitzung des Nationalkomitees, das jetzt die miserablen Ergebnisse der Europawahl auswertete. 6,78 %, das ist das bisher schlechteste Ergebnis der KPF bei Europawahlen und liegt gleichauf mit dem Wahlergebnis der Partei für „Jagd und Tradition“, die zum ersten Mal angetreten ist.

Woran lag es? Hue gibt dem Kosovo-Krieg Schuld für eine Verunsicherung der Wähler, und der belgische Dioxinskandal hätte den Grünen in die Hände gespielt. Außerdem gäbe es Unklarheiten in der französischen Linksregierung. Die Kritiker von Hue werfen ihm dagegen sein Konzept für die Europawahl vor, z.B. eine Kandidatenliste, die zur Hälfte aus KP-Anhängern, zur Hälfte aus Nichtmitgliedern bestand. Aber der Kern der Auseinandersetzung liegt woanders. Im Februar 2000 findet der 30. Parteitag statt. Im Vorfeld soll es eine umfassende Debatte um eine neues Programm geben. Und dabei geht es für die Parteiführung um Hue, um die besagte „Mutation“. In welche Richtung das gehen soll, formuliert Hue folgendermaßen: „Ich will einen Kommunismus à la française und nicht länger von der politischen Kultur des Ostens abhängen, nach der wir verpflichtet wären, einen Milosevic zu unterstützen.“ Es gehe um den Kommunismus des 21. Jahrhunderts. Das klingt noch alles sehr kryptisch, und man kann nur hoffen, daß die Debatte noch spannend wird.

Paris: ATTAC-Netzwerk organisiert anti-imperialistisches Treffen

Vor zwei Wochen fand sozusagen im Anschluß an die Anti-Weltwirtschaftsaktivitäten in Köln ein Kongreß in Paris mit 1000 Teilnehmern statt, organisiert von dem Netzwerk ATTAC. Gegründet wurde das Netzwerk im Juni 1998 auf Initiative der internationalen Monatszeitschrift „Le Monde Diplomatique“. In Frankreich gibt es inzwischen 93 Regionalkomitees der „Association pour l'Aide aux Citoyen“ (Vereinigung für die Besteuerung von Finanztransaktionen zum Nutzen der Bürger).

Vertreter aus verschiedenen Ländern berichteten, wie in Köln, über die Folgen der imperialistischen Durchdringungen der Welt und wie der Widerstand gegen die Zerstörung einheimischer Strukturen, regionaler Märkte und der Abbau bisher erkämpfter Rechte möglich ist. Ein wichtiges Datum für diesen Widerstand wird die erste Dezemberwoche sein. Denn dann trifft sich dort die sogenannte Jahrtausendrunde der Welthandelsorganisation (WTO). Die imperialistischen Staaten drängen darauf, daß in dieser Verhandlungsrunde über neue Schritte in der Liberalisierung des internationalen Handels und der Absicherung ausländischer Investitionen gesprochen wird. Dagegen formiert sich derzeit über alle Kontinente hinweg eine Opposition. In den USA planen diverse Organisationen einen Sternmarsch nach Seattle. Die US-amerikanischen und kanadischen Organisatoren wollen eine der größten Aktionen der letzten Jahre gegen das kapitalistische Meeting organisieren. Auf dem Pariser Treffen wurden hier erste Absprachen über die Unterstützung dieser Aktion von europäischer Seite her getroffen.

El Salvador: Arbeitslosigkeit infolge von Maquila-Schließungen

(San Salvador, 23. Juni 1999, pulsar-Poona). – Mindestens neuntausend SalvadoranerInnen sind nach der Schließung von 21 textilverarbeitenden Maquilafabriken arbeitslos geworden. Dies erklärte der Vorsitzende des Textilunternehmerverbandes, Francisco Escobar. Er bat die Regierung um eine Anpassung des Wechselkurses der Landeswährung gegenüber dem Dollar (sprich Abwertung; die Red.), um den Wirtschaftszweig wieder zum Leben zu erwecken. Nach den Angaben Escobars hat die Krise des textilverarbeitenden Sektors während der Weltwirtschaftskrise im Mai 1998 begonnen. Ein weiterer Grund für das Darniederliegen der Textilunternehmen des Landes seien „die hohen Löhne“ der ArbeiterInnen. So würden sie in El Salvador 1,06 Dollar pro Stunde erhalten, während in Guatemala 74 Cent und in Mexiko 50 Cent pro Stunde bezahlt würden.

(Zusammenstellung: hav)

München. Über 1000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 23. Juni gegen die geplanten Schulreformen in Real- und Hauptschulen sowie der Oberstufe der Gymnasien. Aufgerufen hatte die SchülerInnen-Initiative München (SIM). Es ist inzwischen das vierte Mal, daß die SIM zu Streikaktionen aufruft. Sie hatte nach dem großen Streik 1998, an dem sich über 4000 SchülerInnen beteiligten, mehr erwartet. Um die Fassade des Kultusministeriums zu schützen, wurde von der zahlreich erschienenen Polizei die Zufahrtstraße abgesperrt und bei einigen Schülern Taschen nach Eiern und Tomaten durchsucht. Bild: Transparent der SIM „Gegen Leistungsdruck und Ausgrenzung! Für solidarisches und selbstbestimmtes Lernen! Chancengleichheit und Bildung für alle!“



Protest gegen Kürzung von drei Lehrerstellen

Berlin. Schüler und Lehrer der Heinrich-Zille-Grundschule wehren sich gegen die Kürzung des Unterrichtsangebots. 56 % der 350 Schüler haben eine andere Muttersprache als Deutsch. Der Sprachförderunterricht und Arbeitsgemeinschaften müssen nun durch Abzug von drei Lehrern eingeschränkt werden. Die Kürzungen treffen auch andere Schulen mit hohem Anteil von ausländischen Schülern in Wedding, Kreuzberg, Neukölln und Schöneberg. Hintergrund der Kürzungen an diesen Schulen ist die Entscheidung der Schulsenatorin an mehr Schulen Fördermaßnahmen anzubieten. Für die Ausweitung von 38 auf 179 Schulen werden aber nicht entsprechend mehr Lehrer eingestellt. Folge an den Schulen mit den höchsten Anteilen nicht-deutscher Kinder wird das Angebot reduziert und die Förderung verschlechtert. Vielleicht hatte solche bewußt herbeigeführte Zustände der Chefredakteur der CDU-Mitgliederzeitung vor Augen, als er in der Mai-Ausgabe schrieb: „Letztlich wird durch ‚Multi-Kulti‘ eine halbsprachige, ungebildete und fundamentalistisch geprägte türkische Unterschicht produziert, die ihrer deutschen Umwelt nur noch voller Haß und Neid begegnet.“ Offenbar arbeitet die CDU schon daran, Mängel in der Schulpolitik des CDU/SPD-Senats mit Hetze gegen die betroffenen Menschen zu wenden. Türkischer Bund und PDS haben die CDU-Äußerungen verurteilt. *ard*

Aktionswoche: Widerstand gegen die rechte Subkultur

Villingen-Schwenningen. Im Schwarzwald-Baar-Kreis befindet sich seit Jahren eine Hochburg der rechten Szene. Insbesondere durch große Konzerte und Schulungen rekrutiert dort das Neonazi-Umfeld unter Jugendlichen. Die örtliche Antifaschistische Aktion will dieser Tendenz entgegenwirken, indem sie vom 17. bis 24. Juli 1999 eine Veranstaltungsreihe

unter anderem mit Beteiligung von PDS, VVN-BdA, Grün-Alternativer Jugend, Solidarität International, etc. veranstaltet und gleichzeitig großräumig auf eine Demonstration am 24.7. mobilisiert, die unter dem Motto „Toleranz statt Fremdenhaß – Widerstand gegen die rechte Subkultur“ stattfindet. Hintergrund sind die Aktivitäten der neonazistischen „Kameradschaft Schwarzwald-Baar/Nationaler Widerstand Baden-Württemberg“, deren Zentrum sich im Schwarzwald-Baar-Kreis befindet. Sie ist unter anderem verantwortlich für den feigen Anschlag auf drei junge AntifaschistInnen im letzten Jahr, bei dem diese gefährlich verletzt wurden. Trotz einer großen Demonstration und öffentlichem Interesse geht der Prozeß gegen die Nazis nur schleppend voran und dem andauernden Kulturkampf von rechts wird nichts entgegengesetzt, vielmehr werden von konservativer Seite antifaschistische Aktivitäten kriminalisiert und als „Gestapo“ diffamiert. *Quelle: anz, 1. Juli*

Robin Wood setzt Aktionen gegen Ikea wegen Tropenholzmöbeln fort

Hamburg. Am 24. Juni starteten Mitglieder der Umweltorganisation Robin Wood erste Aktionen bei Ikea-Filialen in Berlin, Hamburg und Köln, weil diese Teakgartenmöbel (Modell Harstena) ohne glaubwürdigen Herkunftsnachweis verkaufen. Sie bewegten die Firma dadurch sogar zu Gesprächen. Dort räumte Gudmund Vollbrecht, Koordinator für nachhaltige Forstwirtschaft bei Ikea International, ein, daß für die Teakmöbel kein FSC-Zertifikat vorliegt und der Lieferant, die Firma Fancy Wood, nicht FSC-zertifiziert ist. Udo Knappstein sagte in dem Gespräch zwar zu, Ikea Deutschland werde in diesem Jahr keine weiteren Teakprodukte mehr bestellen. Für das kommende Jahr wollte er jedoch keinerlei Festlegungen treffen. Robin Wood fordert Ikea auf, die Restbestände an Teakmöbeln zugunsten des Regenwaldschutzes abzuverkaufen und nur noch

Holz mit FSC-Gütesiegel zu ordern. Das Unternehmen weist dies zurück. Tip der Umweltschützer: „Sollten Sie Teakmöbel bei Ikea gekauft haben, machen Sie von Ihrem Rückgaberecht Gebrauch, und verlangen Sie Ihr Geld zurück!“ *RW*

Bundesweite Flugblattaktion der Sozialhilfeinitiativen

Frankfurt/Main. „Alle kriegen was, nur die Armen nicht!“ ist das bundesweite Flugblatt der AgTuwas und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen überschrieben. Dieses mündet in zwei Forderungen: 1. „Da alleinstehende SozialhilfebezieherInnen durch die Ökosteuern monatlich 5 DM mehr für Strom zahlen müssen, fordern wir eine jährliche Einmalzahlung von 60 DM.“ 2. „Wir wollen, daß es auch unseren Kindern besser geht. Deshalb fordern wir, daß die Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Und zwar rückwirkend ab 1.1.1999.“ Mit der Flugblattaktion soll erreicht werden, daß diese beiden Forderungen im Bundestag zur Abstimmung gestellt werden: „Da die Bundesregierung die Vermögenssteuer nicht wieder einführen will, müßte sie genug Geld haben, um unsere bescheidenen Wünsche zu erfüllen.“ *BAG-SHI, Tel. 069 / 25 00 30*

„Ihre Neue Weltordnung angreifen! Kampf der NATO-Kriegspolitik!“

Heidelberg. Unter diesem Motto findet am 10. Juli eine Demonstration der Antifaschistische Initiative Heidelberg statt, die von der Antifaschistischen Aktion – bundesweite Organisation unterstützt wird. Das Heidelberger Headquarter der NATO-Landstreitkräfte ist zu den wichtigsten infrastrukturellen Einrichtungen des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zu zählen. Im Falle eines Einsatzes von Bodentruppen im NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wären in Heidelberg die Koordinationsfäden zusammengelaufen. *A.I.H.*

Berliner Bankenaufsicht dreht Grether Ost Geldhahn zu

von Martin Höxtermann

Schwere Zeiten könnten auf alternative Projekte zukommen, die sich überwiegend über Kredite von privaten Geldgebern finanzieren. Das Berliner Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen hat dem selbstorganisiertem Wohn- und Bauprojekt Grether Ost die Privat-Kredit-Finanzierung untersagt und damit möglicherweise ein Exempel statuiert.

Gesine Meerwein vom Feministischen Frauenarchiv ist empört. 3000 DM hatte das Archiv Grether-Ost als Privatdarlehen zur Verfügung gestellt. Laufzeit unbefristet. Zinsen: Null. Aus politischer Solidarität „Weil die mit dem Geld im Unterschied zu den Banken etwas Sinnvolles machen“, erklärt Gesine. Etwas Sinnvolles, das meint die Schaffung günstiger Wohn- und Gewerberäume mit dauerhafter Mietpreisbindung.

Das Archiv ist eines der zahlreichen alternativen Projekte, die auf dem Ostteil des 2500 Quadratmeter großen Geländes der ehemaligen Eisengießerei „Grether & Cie“ im Freiburger Stadtteil „Im Grün“ ansässig sind. Das Strandcafé, Radio Dreyeckland, eine Kita, eine Food-Coop und einige andere gehören ebenfalls seit Jahren dazu. Anfang 1995 hatten die „Grethers“ Grundstück und Gebäude gekauft, um dort nach einer umfangreichen Altlastensanierung preisgünstige Wohn- und Gewerberäume zu schaffen: Räume für Kindertagesstätten, für soziale, politische und kulturelle Initiativen und Sozialwohnungen für 80 Menschen. Räume, die dauerhaft der Spekulation entzogen sind.

Neben Krediten aus dem sozialen Wohnungsbauprogramm finanziert sich Grether Ost mit Direktkrediten von Privatleuten; zum jetzigen Zeitpunkt 150 Kredite in einer Gesamthöhe von drei Millionen Mark. „Das fängt bei eintausend Mark an und hört bei ganzen Erbschaften aus“, berichtet Jochen Schmidt

von der 20köpfigen Baugruppe. Durch die Mietzahlungen von Bewohnern und Projekten werden die Geldbeträge nach und nach zurückgezahlt. Ein System, das bislang gut funktioniert hat.

Doch dann machte das Berliner Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen einen Strich durch die Rechnung. Es untersagte Grether Ost die Annahme weiterer Direktkredite und forderte die „unverzügliche Abwicklung“ des Einlagengeschäftes. Denn die bisherige Praxis, alle Darlehen per Grundbucheintrag durch eine Sammelgrundschuld über einen Treuhänder abzusichern, ist für die Bankenaufsicht unzureichend. Sie sieht in der bisherigen Treuhänderkonstruktion einen Verstoß gegen das Kreditwesengesetz und verlangt bankübliche Sicherheiten für die Darlehensgeber. „Banküblich“ meint in diesem Fall, daß jedes Darlehen über Einzelgrundschuldeinträge abgesichert werden müsse.

Bei 150 Geldgebern ein sehr aufwendiges und zudem teures Verfahren, denn für jede Änderung wäre ein kostspieliger Gang zum Notar notwendig. Damit würden sich die Kreditkosten und damit auch die Mieten des Projekts verdoppeln, befürchtet Grether Ost. Da kommt der Verdacht auf, daß die Banken geschützt werden sollen und nicht die Darlehensgeber. Die sozialen und politischen Gründe, weshalb Leute in genau diesem Projekt ihr Geld anlegen, interessiert das Bundesaufsichtsamt nicht. „Jede Form von subjektiver Zwecksetzung“, auch wenn sie auf „übereinstimmenden Parteiwillen“ beruhe, sei „irrelevant“, teilt die Behörde in einem Schreiben vom 1. Juni mit.

Grether Ost ist inzwischen in die Medien-Offensive gegangen, um den Skandal bundesweit publik zu machen: das ARD-Magazin „Monitor“ hat bereits einen Beitrag ausgestrahlt und eine Überprüfung des Kreditwesengesetzes angemahnt, weil es keine unabhängige Finanzierung für alternative Projekte erlaube.



Kontakt zu Grether Ost, Adlerstr. 12, 79098 Freiburg
Tel. 0761-2 48 87, Fax 2 24 07, e-mail:
gretherost@syndikat.org.

Innerhalb kürzester Zeit mußte Grether Ost eine neue Finanzierungsform finden. Am Dienstag, den 22. Juni, hat es der Aufsichtsbehörde zwei Vorschläge unterbreitet, um der drohenden „Abwicklung“ durch einen Verwalter zu entgehen, der im schlimmsten Fall die Immobilie zwangsversteigern könnte.

Das wäre nicht nur das Aus für Grether-Ost, sondern auch für die zahlreichen Projekte und Initiativen, die ohne günstige Miete ihre Arbeit einstellen müssten. Soweit soll es nach dem Willen von Grether-Ost-Anwalt Christian Kuhn-Regnier jedoch nicht kommen. Sein Vorschlag: entweder die Aufnahme einer Klausel in den Darlehensvertrag, die das Verhältnis von Geldgebern und Projekt neu regelt, so daß die gesetzliche Definition eines „Bankgeschäftes“ nicht mehr vorliegt. Oder die Gründung eines Direktfonds, deren Gesellschafter die bisherigen Darlehensgeber und die Grether Ost GmbH wären. Ob und welcher dieser Vorschläge die Aufsichtsbehörde akzeptiert, bleibt abzuwarten. Die Entscheidung hätte bundesweite Auswirkungen, denn nicht wenige alternative Projekte finanzieren sich ähnlich wie Grether-Ost in Freiburg auf Grundlage privater Darlehensgeber. •



„... darauf kann es letztlich nicht ankommen“

Aus der Monitor-Sendung am 1. Juli 1999

Wolfgang Artopoeus, Präsident des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen: „Wer nun solche Gelder einsammelt, in welcher Form auch immer und für welchen Zweck auch immer, muß, um diese Art von Geschäften betreiben zu dürfen, eine Erlaubnis von uns haben.“ – Reporter: „Warum?“ – W. Artopoeus: „Weil eben nur auf diese Art und Weise der hohe Anlegerschutz, um den es uns ja auch geht, gewährleistet werden kann.“ – Reporter: „Und wenn die Anleger selbst gar nicht geschützt werden wollen?“ – W. Artopoeus: „Daran, darauf kann es letztlich nicht ankommen.“

Ärztammer will Ärzte, die sich an Abschiebungen beteiligen, überprüfen

Ärzte gegen Abschiebepaxis

In Hamburg geht die Ausländerbehörde zunehmend dazu über, kranke Menschen, deren Ärzte Reiseunfähigkeit attestieren, in Begleitung von Ärzten oder Pflegepersonal abzuschicken. Die Atteste der Ärzte werden als „Gefälligkeitsgutachten“ diffamiert.

Der Vorstand der Hamburger Ärztekammer hatte zunächst die behördlichen Vorwürfe zumindest teilweise übernommen und gemahnt, Atteste sorgfältiger auszustellen. Inzwischen, so der Präsident der Ärztekammer, Frank-Ulrich Montgomery, „haben (wir) die Atteste überprüft. Sie waren korrekt nach der Berufsordnung ausgestellt“. Nach Pressemeldungen will sich die Ärztekammer jetzt in mehreren Fällen die medizinische Dokumentation der Abschiebungen besorgen und überprüfen, ob Mediziner sich zu Erfüllungshilfen der Behörden gemacht haben. Sollte sich herausstellen, daß Ärzte kranke Menschen gegen ihren Willen behandelt – z.B. durch Psychopharmaka gefügig gemacht – oder ihre Reisefähigkeit entgegen anders lautender Atteste bescheinigt haben, verstoßen sie gegen die ärztliche Berufsordnung und können ihre Approbation verlieren. Scharf kritisiert die Ärztekammer die unverhohlene behördliche Aufforderung, Atteste zu ignorieren. Das würde auf eine medizinische Beurteilung und Entscheidung im Schnellverfahren hinauslaufen. „Der Arzt sollte den Abschiebenden auch schon länger kennen“. „Bauchschmerzen“ macht der Ärztekammer außerdem, daß sich die Behörden für die Abschiebungen gezielt arbeitslose Ärzte aussuchen. Auf eine entsprechende Stellenanzeige des Arbeitsamtes hatten sich im März neun Ärzte aus Hamburg und dem Umland gemeldet, die „auf Honorarbasis für Abschiebungen zur Verfügung stehen... In drei Fällen wurden Ausländer schon auf diese Weise abgeschoben, alle in die Türkei. Der begleitende Arzt hat jeweils 500 DM erhalten“ (Norbert Smekal, Sprecher des zuständigen Einwohner-Zentralamtes).

Als großes Problem bezeichnet die Ärztekammer auch die Unsicherheit, ob kranke Menschen nach der Abschiebung angemessen weiterbehandelt werden. Deshalb sollten die Länderberichte des Auswärtigen Amtes, die bei Asylverfahren herangezogen werden, „auch die medizinische und soziale Lage in den Herkunftsländern berücksichtigen“ und die für eine Beurteilung notwendigen Daten von unabhängigen Ärzten erhoben werden (Montgomery). bab

Spezialausbildung zur „Führungspersönlichkeit im Gesundheitswesen“

Deutscher Orden will Elite-Ärzte ausbilden

Der Deutsche Orden will mit Hilfe des Staates in Augsburg „hochqualifizierte Führungspersönlichkeiten für das Gesundheitswesen“ ausbilden. Dafür soll die Stadt Augsburg bzw. der Landkreis Augsburg ihr Zentralklinikum und die Orthopädischen Kliniken der Hessingstiftung einbringen. Vom Freistaat werden 150 Millionen Anschubfinanzierung verlangt. Die kritischen Stimmen sind jetzt immer lauter zu hören.

Grundlegende Einwände hat die Gewerkschaft ÖTV in Augsburg.

Kritik der Gewerkschaft ÖTV

„Das wäre das Ende der kommunalen Krankenhauslandschaft in Augsburg mit unabsehbaren Folgen für Bürger und Beschäftigte“, erklärte Helmut Schwering von der ÖTV. Eine ganz oder teilweise Übernahme des Klinikums durch den Orden hätte nämlich zur Folge, daß dort künftig das kirchliche Arbeitsrecht gelten würde; statt dem Personalrat gäbe es nur noch eine Mitarbeitervertretung mit stark eingeschränkten Rechten. Da die Speisenversorgung, Reinigungsdienste und andere Dienstleistungen von eigenen Firmen abgewickelt würden, befürchtet die ÖTV außerdem einen Abbau von Arbeitsplätzen. Der Deutsche Orden ist ein Kirchen-Konzern mit 6000 Beschäftigten in Krankenhäusern, Kindergärten, Suchthilfestationen u.ä. und erzielt heuer annähernd eine Milliarde Umsatz. Für keine dieser Einrichtungen hat er einen Tarifvertrag mit der ÖTV abgeschlossen.

Befürchtungen des Unirektors

Auch Reinhard Blum, bis vor kurzem Rektor der Universität, befürchtet eine „Elite-Offensive“ der Staatsregierung. In einem Brief an die Südd. Zeitung erinnert er daran, daß die Staatsregierung die Anträge der Universität auf Einrichtung einer Medizinischen Fakultät oder Akademie immer ablehnte mit dem Hinweis auf das Überangebot von medizinischer

Ausbildung. Er fragt, wieso sie jetzt plötzlich 150 Mio. DM für den Orden übrig habe und antwortet enttäuscht: Nach der Elite-Akademie der Bayerischen Wirtschaft solle Bayern jetzt auch eine Elite-Universität der Kirche bekommen. „Die katholische Universität Eichstätt gilt offensichtlich nicht als elitär genug“. Und zu den Drohungen des Ordens mit anderen Standorten schreibt er: „Bislang war es nur großen Unternehmen vorbehalten, durch Drohungen von Kommunen und Staat Vergünstigungen und Subventionen zu erhalten.“

Positionen aus Stadt- und Landkreis

Die Augsburger Stadtverwaltung und der Stadtrat sowie der Augsburger Landrat sind unentschieden. Eine Medizinfakultät wird von der Mehrheit seit langem gewünscht, aber dafür den Einfluß auf die kommunalen Krankenhäuser hergeben? Hessing-Direktor Hans Wünschel formuliert es so: „Wir würden gerne Lehrkrankenhaus sein, könnten uns auch eine Kooperation vorstellen. Aber weltanschaulichen Einfluß wollen wir aus unserer Klinik heraushalten.“

Stimmen aus dem Landtag

Auch im Landtags-Ausschuß für Hochschule, Forschung und Kultur gab es auf der Sitzung am 24. Juni quer durch die Fraktionen Bedenken. „Solange es im staatlichen Hochschulbereich noch einen großen Investitionsbedarf gibt, sehe ich für die Förderung einer privaten Hochschule keine Chance“, faßte Albert Schmid (SPD) diese zusammen. Ministerpräsident Edmund Stoiber ist Laienmitglied im Deutschen Orden. Elisabeth Köhler von den Bündnisgrünen fordert daher, daß diese Mitgliedschaft „nicht zu einer ungerechtfertigten Protektion“ führen darf.

Und so spricht der Orden selbst

1500 Studenten, davon ein Viertel aus dem Ausland, sollen an der Elite-Universität grundsätzlich ein Doppelstudium absolvieren und als Mediziner oder Wirtschaftswissenschaftler in einem Studium Communicale lernen, Sprachbarrieren zwischen einzelnen Disziplinen zu überwinden. Die Studiengebühr beträgt 1000 Mark im Monat („Sozialklausel“ in Ausnahmefällen). Was Eliteausbildung aus Menschen machen kann, sieht man am Beispiel von Bernd Krümmel, dem designierten Rektor. Er antwortet auf die zahlreichen Bedenken ganz „ohne Barrieren“: „Die Augsburger müssen wissen, was sie wollen. Eine Strategie wasch mit den Pelz, aber mach mich nicht naß, geht mit uns nicht ... Rumeierei bringt nichts. Wenn unsere Vorstellungen nicht akzeptabel sind, dann gehen wir halt ein Häuschen weiter.“

Quelle: div. SZ Juni 99, baf

Der 102. Ärztetag hat einen Beschluß gegen ärztliche Abschiebehilfe gefaßt:

„Abschiebehilfe durch Ärzte in Form von Flugbegleitung, zwangsweise Verabreichung von Psychopharmaka oder Ausstellung einer ‚Reisefähigkeitsbescheinigung‘ unter Mißachtung fachärztlich festgestellter Abschiebehindernisse, wie z.B. Traumatisierungen, sind mit den in der ärztlichen Berufsordnung verankerten ethischen Grundsätzen nicht vereinbar.“ Laut Auskunft des Beauftragten der Hamburger Ärztekammer für gesundheitliche Belange von Migranten ist der Beschluß mit der Veröffentlichung im „Deutschen Ärzteblatt“ am 18.6. für alle Ärzte einschließlich der Amtsärzte verbindlich. Ärzten, die dennoch an Abschiebungen teilnehmen, droht ein Berufungsverfahren. •

Migrant/innen wollen nicht unter die Fittiche des Stadtrates

In seiner letzten Sitzung vor den Ferien hat der Essener Stadtrat auf Initiative von B. 90/Grüne und SPD beschlossen, beim Landesinnenministerium für die nächste Ratsperiode die Bildung eines Ausschusses für Zuwanderung und Integration zu beantragen. Ein solcher Ausschuß des Rates kann nach dem gerade verabschiedeten Ersten Modernisierungsgesetz NRW den nach der Gemeindeordnung in Städten über 100.000 Einwohnern zwingend vorgeschriebenen, direkt gewählten Ausländerbeirat ersetzen.

Im Gegensatz zu den jetzigen Ausländerbeiräten kann ein Ratsausschuß eigenständige Rechte erhalten und über ein eigenes Budget verfügen.

Ein Ratsausschuß muß jedoch mehrheitlich aus Ratsmitgliedern bestehen. Vor 15 Jahren gab es das schon mal: Ein Vertretungsgremium der ausländischen Bevölkerung Essens, daß diesen Namen nicht verdiente, weil er von den vom Stadtrat benannten Mitgliedern dominiert wurde. Daß ausgerechnet die Grünen, die damals vehement die Forderung der Migrant/innen nach einem direkt gewählten Ausländerbeirat unterstützten, dahin zurückwollen, ist schwer verständlich.

Die niedrige Wahlbeteiligung, die als Legitimitätsproblem ins Feld geführt wird, liegt nicht zuletzt daran, daß der Ausländerbeirat faktisch keine Rechte hat.

Wieso machen sich Grüne und SPD eigentlich nicht für einen Ausbau der Rechte des Ausländerbeirates stark? Warum kein Rederecht für den Ausländerbeirat im Stadtrat? Warum kein Antragsrecht für ihn – früher wollten das auch die Grünen. Die Rechte des möglichen neuen Ausschusses sind nach den bisherigen Festlegungen vage, weder die Höhe des eigenen Haushaltsbudget noch die Zuständigkeiten sind definiert. Von einer Stärkung der Vertretungsrechte kann deshalb kaum die Rede sein.

Zudem haben Grüne und SPD den Ausländerbeirat vor den Kopf geschlagen. Er wurde vor der Verabschiedung des Ratsbeschlusses nicht konsultiert. Ist das ein Muster für den künftigen Umgang mit „unseren ausländischen Mitbürgern“? Erst auf massiven Protest des Ausländerbeirates hin bequemten sich die Ratsfraktionen zu einem Gespräch mit Vertretern des Ausländerbeirates. Ob ihnen inzwischen aufgefallen ist, daß sie auf eine positive Stellungnahme des Ausländerbeirates angewiesen sind, wenn sie die Genehmigung des Innenministers für die Einrichtung des neuen Ausschusses erreichen wollen?

syb

Berlin:

Neue Kurdenprozesse

Am 2. Juli fand vor dem Landgericht Berlin das vierte Verfahren gegen einen der Angeklagten im Zusammenhang mit der Protestaktion am israelischen Generalkonsulat statt. Mehmet B., 31 Jahre alt, wurde gefährliche Körperverletzung und schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen.

In der Verhandlung schilderte er – vom Gericht unwidersprochen – seinen Leidensweg: Der Vater wurde von der türkischen Armee erschossen, die gesamte Familie, darunter auch Mehmet B., schwer gefoltert. Seit der Aktion beim Generalkonsulat ist Mehmet schwer depressiv. Das Gericht verurteilte ihn deshalb auch trotz der schweren Vorwürfe nur zu 2 Jahren Haft auf Bewährung, noch am gleichen Tag wurde er aus der Untersuchungshaft entlassen.

In den ersten beiden Prozessen vor dem Jugendgericht konnten die Vorwürfe des schweren Landfriedensbruches nicht standhalten. Der erste Angeklagte ist wegen einfachen Hausfriedensbruch, der zweite wegen einfachen Widerstand zu jeweils 4 Wochen Jugendarrest verurteilt worden. Beide waren fast 3 Monate in Untersuchungshaft. Haftentschädigung wurde nicht gezahlt.

Der dritte Prozeß, der Mitte Juni vor dem Landgericht stattfand, platzte gleich am zweiten Tag. Angeklagt war Mehmet K., er soll mit einer Eisenstange am Rathenowplatz einen Polizisten geschlagen haben.

Gleich zu Beginn zeigte sich die Einstellung des Gerichts zu dem Prozeß: so wurde der Antrag des Angeklagten, nicht gezeichnet zu werden (türkische Stellen erfahren so schon genug von deutschen Behörden über Abgeschobene, und Demonstranten gelten generell als PKK-Anhänger) ebenso abgelehnt wie die Anträge der Verteidigung, die Verhandlung vor einem Amtsgericht zu führen und sie in einen größeren Raum zu verlegen, damit auch die Familie und andere, die noch draußen warteten, teilnehmen könnten (Begründung der Richterin: „Das liegt in der Natur der Sache – es ist genug Platz“).

Nach der Vorladung eines falschen Zeugen – aufgrund des gleichen Nachnamens; übrigens der gleiche Fehler wie beim letzten Prozeß vor dem Jugendgericht! –, der Abwesenheit anderer Zeugen, der Aussageverweigerung des Hauptzeugen unter Berufung auf ein „Dienstgeheimnis“, das im Nachhinein weder von der Richterin noch vom Staatsanwalt akzeptiert wurde, fehlenden (entscheidenden?) Sekunden auf dem

Polizeivideo, Widersprüchen bei den Zeugenaussagen und diversen Urlaubsplänen bei den Verfahrensbeteiligten wurde das Verfahren ohne neuen Termin vertagt. Mehmet K. bleibt trotz aller Widersprüche in Untersuchungshaft – wo er schon seit vier Monaten sitzt, ohne daß eines der üblichen Kriterien für „Fluchtgefahr“ erfüllt wären: geflohen ist er vor vielen Jahren, vor dem Terror in der Türkei; er lebt seit vielen Jahren in Deutschland, hat Familie und – noch – eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Nun droht ihm wie vielen anderen die Abschiebung. Dabei verschwamm auch der „dringende Tatverdacht“ schon am ersten Verhandlungstag in etlichen Widersprüchen.

Mehmet K. habe das Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren, unabhängig davon, ob er den Polizisten bei den Krawallen in der Nähe der israelischen Botschaft mit der Eisenstange verletzt habe oder nicht, sagt seine Rechtsanwältin Annett Jansen.

Sie vermutet jedoch, daß an ihrem Mandanten ein Exempel statuiert werden soll: „Selbst wenn er freigesprochen wird, so saß er doch einige Monate in Haft. Und das ist es wahrscheinlich, was man glaubt, daß die Öffentlichkeit will.“

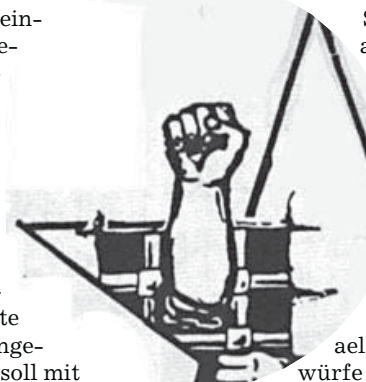
Justizsprecherin Michaela Blume nannte die Vorwürfe „völligen Blödsinn“.

Mehmet K.s Haftdauer habe eine durchaus normale Länge. Es sei auch an der Tagesordnung, daß Zeugen verwechselt würden oder nicht zu einem Termin erschienen. Derzeit saßen noch zwischen zehn und zwölf Angeklagte im Zusammenhang mit den Krawallen um die israelische Botschaft in Untersuchungshaft.

Der Verteidigung kommt indes der Prozeß nicht nur wegen der Verzögerungen merkwürdig vor. „Es ist nur ein Verhandlungstag angesetzt worden, obwohl dem Gericht klar sein mußte, daß das nicht an einem Tag zu regeln ist“, sagt Frau Jansen. Mit einem neuen Gerichtstermin ist frühestens im September zu rechnen.

Berlins Innensenator Werthebach wiederholte, jegliche deutsche Beteiligung am Krieg gegen die KurdInnen leugnend, zuletzt am 26. Juni angesichts der angeblich drohenden Gewaltaktionen nach der Urteilsverkündung auf Imrali: „Ich werde nicht zulassen, daß die innertürkischen Auseinandersetzungen auf Berliner Straßen ausgetragen werden.“

(I., Solidaritätskomitee für die kurdischen politischen Gefangenen in Berlin)



Stahlhelm auf, Herr Landrat Ihrke

In namentlicher Abstimmung beschloß der Kreistag Barnim am 30. Juni 1999 mit 30 der SPD/CDU-Koalition gegen 15 Stimmen von PDS, Bündnis 90/Grüne und BKB, daß der Beschluß des Kreistages Eberswalde vom 6. Oktober 1990 „Für einen militärfreien Kreis Eberswalde“ aufgehoben wird.

Dem hitzigen Streit im Kreistag war Anfang Mai eine Übung der Bundeswehr auf dem Flugplatz Finow vorangegangen. Auf die Verleugung „luftbeweglicher Kräfte“ der Bundeswehr reagierten schon am Tag des Bekanntwerdens etwa 35 Menschen mit einer spontanen Demonstration zum Flugplatzgelände. Am nächsten Tag wandte die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung auf Initiative der SPD-Fraktion bei einer Gegenstimme und wenigen Enthaltungen gegen die militärische Nutzung des Flugplatzes. Zugleich wurde die Stadtverwaltung beauftragt, vertragliche Regelungen mit dem Flugplatzbetreiber zu vereinbaren, die künftig solche Übungen nicht mehr zulassen sollten.

Die PDS-Fraktion im Kreistag Barnim griff jetzt diese Initiative auf und wollte erreichen, daß auch der Kreis einen solchen Vertrag mit dem Flugplatzbetreiber abschließt. Sie regte an, den 1990 für den damaligen Kreis Eberswalde gefaßten Beschluß auf den gesamten Landkreis auszudehnen.

Zunächst berichtete Dezernent Thomas Engel (bis 1997 Bündnis 90/Grüne, jetzt SPD) über die Realisierung des Beschlusses von 1990. Sein Fazit, alle Forderungen dieses Beschlusses seien im Prinzip erfüllt. Mittlerweile sei der Landkreis Barnim militärfrei. Was Übungen angeht, könne der Landkreis jedoch nicht dagegen auftreten. Das würde einen Verstoß gegen das Grundgesetz darstellen, wonach die Verteidigung ausschließlich Angelegenheit des Bundes sei. Schließlich vergaß Thomas Engel nicht den „heldenhaften“ Hochwassereinsatz: „Ohne die Bundeswehr hätten wir unsere 13 km Deich nicht gehalten.“

Damit gab Engel das Stichwort für den Fraktionsvorsitzenden der CDU, Dr. Dirk Weßlau. Der baute die Lobeshymne auf die Bundeswehr bis zu der Aussage aus, er bedaure es, daß der Landkreis Barnim jetzt militärfrei sei. Die Entscheidung von 1990 sei als wendebedingte Emotion anzusehen und auf den Erfahrungen mit der Sowjetarmee und der NVA begründet gewesen.

Auch der SPD-Abgeordnete Uwe Ebert schlug in diese Kerbe. Er ergänzte die Polemik von Engel und Weßlau durch scharfe Angriffe gegen die PDS. „Vor 10 Jahren“, wandte er sich an deren Fraktionsmitglieder, „waren Sie noch alle Reserveoffizier der NVA“. Der „neue Pazifismus der PDS“ sei deshalb unglaublich und bewege sich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. *Gerd Markmann, Auszug aus Barnimer Bürgerpost*

Kommunale Politik

BRÄUNER ALLTAG Frauenwald. Der Kandidat der rechtsextremen DVU, Otto Reißig, hat die Stichwahl am 27.6.99 um das Amt des Bürgermeisters der thüringischen Gemeinde Frauenwald im Ilmkreis knapp verloren. Nach Angaben des Landeswahlleiters votierten 320 BürgerInnen für den Kandidaten der Freiwilligen Feuerwehr, Kurt Wagner, und 309 für den DVU-Mann Reißig. Die Wahl hatte über Thüringen hinaus für Wirbel gesorgt, weil sich die CDU-Kreisrätin J. Ewald mit einer Postwurfsendung offen für den DVU-Kandidaten eingesetzt hatte.

EDELWOHNRAUM UND SCHLAFKOJEN Berlin. Das Mietermagazin berichtet in seiner Juni-Ausgabe ausführlich über die Wohnbedingungen der Zehntausende Wanderarbeiter auf Berlins Baustellen. Der lesenwerte Bericht stellt den Luxusapartments, Edelbüros und -geschäften die Wohnbedingungen ihrer Produzenten gegenüber. Häufig sind vier Bauarbeiter darauf angewiesen in Wohncontainern mit 13 qm zu hausen: zwei Doppelstockbetten, Spinde, ein kleiner Tisch. Mit der kärgliche Behausung können die Arbeitgeber noch zusätzlich Geld machen. Das Bett kostet die Bauarbeiter bis 35 DM pro Tag. Für 350 DM im Monat mieten die Unternehmen diese an oder kaufen einen gebrauchten für ca. 3.900 DM. Das Mietermagazin berechnet so bei Vollbelegung einen Gewinn von 1.000 bis 2.000 DM. Nach harter Arbeit 10–12 Stunden Container-Unterbringung führen diese Wohnverhältnisse zu zusätzlichen Qualen. Im Sommer heizen die Räume auf 30 bis 40 Grad auf, innen bildet sich Kondenswasser – die Kleidung ist ständig klamm. Bei jeder Jahreszeit gelangt man zu den Gemeinschaftsduschen nur über Außenzugänge. Zu Beginn der Großbaustellen hatte das Bauaufsichtsamt auf den Wildwuchs der Containersiedlungen mit der Genehmigungspflicht reagiert. Schönheitsfehler dabei, es fehlt das Personal zur Kontrolle der Auflagen (Schutz vor Lärm, Schmutz, Schwenkzonen von Kränen, etc.).

VIDEO-ÜBERWACHUNG Köln. Anstelle eines gläsernen Rathauses oder einer gläsernen Verwaltung bemühen sich Stadtverwaltung und städtische Unternehmen mit Vehemenz, sich vollen Einblick in das Leben der Einwohner der Stadt zu verschaffen. Nun sollen in 70 Straßenbahnen jeweils vier Videokameras installiert werden und in allen U-Bahnhöfen, bis zum Jahr 2001 sollen alle KVB-Haltestellen (auch die Bushaltestellen?) mit Kameras ausgerüstet sein. Das Vorhaben wird zu 80% aus Landesmitteln finanziert, aus jenem Programm, das auch die „kommunalen Sicherheitspartnerschaften“ sponsort. Zweck soll die Ermittlung von Straftätern sein. Die

Einbeziehung der KVB in dieses Vorhaben ist ein weiterer Schritt, in die Ermittlungen der Polizei ganz andere, städtische und private Unternehmen einzuschalten. Ob das Verfahren den Opfern von Überfällen hilft, kann bezweifelt werden. Kameras ersetzen nicht das Einschreiten von Menschen, Kameras verhindern nicht die zunehmende Verrohung, Kameras schaffen keine Voraussetzungen für Verhältnisse, die z.B. Beschaffungsdiebstähle für Drogenkranke überflüssig machen. Im Blickpunkt des KVB-Vorstandes liegen auch weniger solche Gewalttaten. KVB-Vorstand Wolfgang Meyer im Kölner Stadt-Anzeiger über den Einsatz von Kameraüberwachung in London: „Graffiti und anderer Vandalismus sind auf ein Drittel der früheren Fälle zurückgegangen.“

GEGEN DAS SPARPAKET Bonn. Der Deutsche Städtetag protestiert gegen die im Sparpaket der Bonner Koalition vorgesehenen Kostenverschiebungen vom Bund auf die Kommunen. Bereits heute müßten die Kommunen mehr als 3,5 Milliarden DM pro Jahr für das Wohnen von Sozialhilfeempfängern aufbringen. Jetzt kämen durch die geplante Abschaffung des staatlichen Wohngeldes für Sozialhilfeempfänger Mehrkosten von mehr als einer Milliarde DM für Städte und Gemeinden hinzu. Auch bei den Familienleistungen sei die Schmerzgrenze in der Belastung der Städte überschritten. Zu den 6 Milliarden DM, die Kommunen bereits jetzt zur Finanzierung des Kindergeldes beitragen müssen, werde ihnen durch das neue Familienentlastungsgesetz eine knappe weitere Milliarde DM abverlangt.

MÜLLPOLITIK Mannheim. Angesichts der Pläne der MVV, bei sinkender Müllmenge die Müllgebühren weiter zu erhöhen, entwickelt die DKP in ihrer Zeitung *mannheim konkret* die folgenden Forderungen: „Die gesetzliche Freigabe von Gewerbemüll als frei handelbares Wirtschaftsgut muß zurückgenommen werden; Industrie und Handel müssen zur Ablieferung an den regionalen Müllverwerter zu kostendeckenden Gebühren verpflichtet werden. Die Kapazität der Mannheimer Müllverbrennungsanlage muß am tatsächlichen regionalen Bedarf orientiert werden. Die technisch veralteten, wartungsintensiven Kessel 1–3 müssen stillgelegt werden, sobald die Müllmengenreduzierung durch Vermeidung bzw. stoffliche Verwertung dies zuläßt. Der Neubau eines modernen Kessels 5 darf nicht zur Kapazitätsaufblähung genutzt werden, die dann die Notwendigkeit hervorbringen würde, Müll von außerhalb der Region nach Mannheim zu karren. Die Müllgebühren für die privaten Haushalte dürfen nicht erhöht werden.“

Zusammenstellung: baf

Auch wenn der nachfolgend dokumentierte Beschluß des Bezirksvorstands der ÖTV Berlin sich auf die konkrete Diskussion in Berlin bezieht, so ist die dargelegte Situation doch exemplarisch für den öffentlichen Dienst insgesamt und darüber hinaus. Mit dieser Positionsbestimmung wird deutlich, in welcher schwierigen Situation die Gewerkschaften derzeit stehen. Zu den Angriffen seitens des Dienstherrn bzw. der Kapitalisten kommen interne Auseinandersetzungen, welches gewerkschaftliche Klientel „zu bedienen“ ist. Die einen sind bereit, auf Einkommen zu verzichten, um den Arbeitsplatz zu halten oder um Solidarität mit Auszubildenden bzw. Arbeitslosen zu praktizieren; die anderen halten schon eine Diskussion darüber für Verrat an der „gewerkschaftlichen Sache“. Dies gilt im übrigen auch für die innerparteiliche Diskussion der PDS. Regelmäßig kommt es im Landesverband Berlin wie auch auf Bundesebene zu heftigen Auseinandersetzungen um das Thema Arbeitszeitverkürzung mit bzw. ohne (Teil-)Lohnausgleich. Einem Ritual gleichkommend hört man dieselben Argumente immer wieder, wobei jede Seite sich als die wahren Gewerkschaftsinteressenvertreter oder die wahren Arbeitsloseninteressenvertreter (in Berlin auch die wahren Haushaltsrettungsexperten) verstehen. Angenehm an dem dokumentierten Beschluß ist, daß auf die Situation der Beschäftigten in unteren Einkommensgruppen Bezug genommen wird. Zu wenig entwickelt dagegen sind die Teile, die auf die ökonomischen Ursachen dieser Situation eingehen. Es entsteht der Eindruck, daß – wie in vergangenen Zeiten – nach einer gewissen Durststrecke es schon wieder besser werden könnte. Für den öffentlichen Dienst, wo der jetzige Personalabbau in erster Linie auf die Haushaltslage und weniger auf die Produktivitätssteigerungen zurückgeht, könnte dies eine (gefährliche) Fehleinschätzung sein, zumal letztere mit Sicherheit auch noch ihre Auswirkungen haben werden. har

Lohnverzicht bei Krankenhäusern und beim Land Berlin?

Eine gewerkschaftliche Antwort auf Ängste und falsche Lösungswege

1. „Lieber auf Lohn verzichten als arbeitslos sein?“

In Berliner Betrieben, Krankenhäusern und Verwaltungen nimmt die Angst vor betriebsbedingten Kündigungen zu. Da gibt es Beschäftigte, die wollen „lieber Lohnverzicht als Arbeitslosigkeit“. Andere dagegen befürchten, daß Verzichtssignale von den Arbeitgebern dankbar aufgenommen werden, um die Gewerkschaften unter Druck zu setzen. Ziel ist,

eine möglichst hohe „Eigenbeteiligung“ der Beschäftigten bei der Senkung der Personalkosten zu erreichen. Bis heute schwanken viele zwischen der Erkenntnis, daß die Einschnitte die Arbeitslosigkeit nicht verringert haben und dem Zweifel, ob nicht Verzicht doch helfen würde.

2. Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen über 1999 hinaus: versprochen aber noch nicht erreicht

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin hat in der Vergangenheit viele Verhandlungen zum Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen geführt und Beschäftigte erfolgreich vor Entlassung geschützt. Zur Zeit stehen wir in Verhandlungen über die Verlängerung der Vereinbarung zum Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen für rund 160 000 Beschäftigte im Landesdienst und wir müssen die Interessen von 8 000 Beschäftigten der Krankenhäuser vertreten, deren Stellen durch den Krankenhausplan gefährdet sind.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir, daß die öffentlichen Arbeitgeber und die Berliner Parteien sich bemühen, im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen den Beschäftigten die Sicherheit zu geben, daß betriebsbedingte Kündigungen weiterhin ausgeschlossen werden. Es kommt jetzt darauf an, dieses Versprechen vertraglich zu sichern. Wir wissen aber auch, daß der Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen vor allem in Wahlkampfzeiten gern versprochen wird, aber er soll möglichst wenig kosten.

3. Störmanöver vermeiden

In Verhandlungen um Personalabbau geht es um viel Geld. Störfeuer und taktische Winkelzüge von Arbeitgeberseite sind in solchen Situationen zu erwarten. An gewerkschaftlichen Antworten wird es dann nicht fehlen. Problematischer ist es, wenn Beschäftigte oder Personalräte beginnen, an der verhandlungsführenden Gewerkschaft vorbei undurchdachte Lohnverzichtsvorschläge in Umlauf zu bringen, die weder zielführend, noch auf ihre Wirksamkeit zur Beschäftigungssicherung überprüft sind und die zu allem Überfluß in manchen Bereichen den Arbeitgebern auch noch vorseilen, die dieses gar nicht gefordert haben. Der Bezirksvorstand stellt fest, daß solche Aktionen den Verhandlungen und den Beschäftigten schaden.

4. Strukturbruch im öffentlichen Sektor Berlins

Der öffentliche Sektor in Berlin steht seit der deutschen Einheit in einem Strukturwandel, wie er bundesweit im öffentlichen Bereich noch nicht dagewesen ist. Jeder weiß, daß die geteilte Stadt in beiden Hälften aus politischen Gründen Sonderstrukturen im öffentlichen Dienst, in der Gesundheitsversorgung und auf dem Arbeitsmarkt entwickelt hatte. Der Strukturbruch in Berlin ist im Ausmaß dem in der nordrhein-westfälischen Stahlin-

dustrie oder der Werften-Industrie an der Küste vergleichbar – allerdings fehlen bundesfinanzierte Programme zur Begleitung dieses Umbruchs. Stattdessen kam es noch schlimmer: binnen weniger Jahre nach der Deutschen Einheit fand sich Berlin vor der Situation, daß die Gesamtstadt – Ost und West zusammen – gerade mal soviel Zuschüsse aus der Bundeskasse erhielt, wie Westberlin vor dem Mauerfall allein. Und dies in einer Situation, in der in allen Ballungsräumen die Folgekosten der Arbeitslosigkeit erheblich anstiegen und die Finanzierungslöcher in den öffentlichen Haushalten zunahmen. Die Berliner Politik verpasste den Einstieg in die Umstrukturierung zu erst um Jahre, um dann um so radikaler einen teilweise besinnungslosen Ausverkauf des Berliner öffentlichen Vermögens einzuleiten und öffentlich-gemeinwirtschaftliche Großbetriebe durch private erwerbswirtschaftliche Monopole zu ersetzen nach der falschen Ideologie „privat ist immer besser“. So arbeiten die großen Berliner Betriebe künftig für die Dividende von neuen Eigentümern anstatt ihre Überschüsse den Berlinerinnen und Berlinern, gewissermaßen als „Bürgerdividende“, zurückzugeben.

In diesem denkbar schwierigen Umfeld kämpft die Berliner ÖTV um die Erhaltung öffentlicher Aufgaben in öffentlicher Verantwortung. Sie unterstützt Vorhaben, die öffentliche Dienste leistungsfähiger und zukunftssicher machen und sie fordert faire Bedingungen für die Beschäftigten.

5. Arbeitsvolumen in Krisenbereichen verringern

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin kämpft im politischen Raum für vernünftige politische Beschlüsse zur Umstrukturierung von Verwaltungen und des Gesundheitswesens. Fallen Beschlüsse nicht in unserem Sinne aus, so bilden sie dennoch den Handlungsrahmen für die weitere gewerkschaftliche Interessenvertretung. Das schließt natürlich ein, daß wir auch bei jedem Schritt der Umsetzung unsere Ziele verfolgen und nicht zu allem Ja und Amen sagen, was Politik und Management vorgeben.

Durch die Beschlüsse des Senats sind Zehntausende Arbeitsplätze und damit Arbeitsvolumen in Verwaltung und Krankenhäusern abgebaut worden. Weiterer Abbau ist beschlossen und steht vor der Umsetzung. Die Gewerkschaft ÖTV fordert, daß alle bekannten Instrumente zur Verringerung von Arbeitsvolumen genutzt werden (Vorruhestand, Altersteilzeit, freiwillige Teilzeit, Sabbatjahr und andere Auszeiten, Beurlaubung, Arbeitszeitkonten, Überstundenabbau, Abfindungen, Hilfen beim Wechsel zu anderen Arbeitgebern).

Auch das Mittel der kollektiven Arbeitszeitverkürzung (mit Teillohnausgleich oder ohne Lohnausgleich) in bedrohten Betrieben kann zu diesen Instrumenten gehören. Kollektive Arbeitszeit-

Niedriglohnsektor

Stuttgart, 29. Juni 1999 – Zu einem „Niedriglohn-Modellversuch mit Praxisnähe“ lädt die IG Medien die bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten Margareta Wolf, Thea Dückert und Rezzo Schlauch sowie die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis ein.

Manfred Moos, Tarifexperte beim Hauptvorstand der Gewerkschaft, empfiehlt als Einsatzfeld insbesondere das Kinogewerbe. Dort ließen sich in einem vierwöchigen Arbeitseinsatz während der Parlamentsferien Erkenntnisse über einen real existierenden Niedriglohnsektor gewinnen. Für 1.953 DM brutto im Monat (Vollzeit) könnten die Politikerinnen und Politiker dort als Platzanweiser ihr außerparlamentarisches Können unter Beweis stellen und gleichzeitig Erfahrungen für die Umsetzung ihrer Vorstellungen sammeln. Ersatzweise könnten auch Praktika als freie Journalistinnen und Journalisten bei Tageszei-

tungen vermittelt werden. „Auch hier lassen sich reichhaltige und unvergeßliche Erfahrungen sammeln“, wirbt die IG Medien. Es sei den Arbeitgebern sogar gelungen, den ohnehin schon bescheidenen Tarifvertrag noch großflächig zu unterschreiten. „Hier kann in vielen Fällen bereits Vollzug gemeldet werden. Ein Großteil der Freien bei Tageszeitungen verdient zwischen 1.500 und 2.000 DM brutto im Monat“.

Auch eine Urlaubsvertretung für eine der jetzt angeblich ja jetzt sehr gesuchten Zeitungszustellerinnen sei nicht zu verachten. Auf dem Lande könnten die Politikerinnen und Politiker sich schon für fünf DM Stundenlohn um die Sicherung der Pressevielfalt verdient machen.

Mit ihrer Einladung zur Erprobung des Niedriglohnsektors reagiert die IG Medien auf die Forderung von Wolf, Dückert, Schlauch und Simonis, im Bündnis für Arbeit solle über Niedriglohnbereiche geredet werden sowie in Modellversuchen Niedriglöhne erprobt werden.

(Pressemitteilung der IG Medien, Stuttgart)

IG Metall vereinbart 13,50 Mark Mindestlohn, 35-Stunden-Woche

Expo

Die IG Metall und der Personaldienstleister Adecco haben sich auf einen Tarifvertrag für die 7.000 Leiharbeiter auf der Expo 2000 in Hannover verständigt. Küchenhilfen, Hostessen, Medienbetreuer oder Teamleiter erhalten in den ersten drei Monaten der Einstellung Stundenlöhne zwischen 13,50 Mark und 25 Mark. Danach werden die Löhne um eine Mark angehoben. Weitere Vereinbarungen: 30 Tage Jahresurlaub, eine 35-Stunden-Woche und die Einrichtung ei-

nes Zeitarbeitskontos. Bei der Einstellung sollen Arbeitslose, insbesondere Langzeitarbeitslose, vorrangig berücksichtigt werden. Der Vertrag gilt vom 1. Januar bis 31. Dezember 2000. Der Hannoveraner IG Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine, der die Verhandlungen im Auftrag von fünf weiteren Gewerkschaften geführt hatte, bezeichnete den Vertrag als einen «wichtigen Schritt der Gewerkschaften in Richtung einer Öffnung gegenüber der Zeitarbeitsbranche». Vor allem die bevorzugte Behandlung der Langzeitarbeitslosen sei «bemerkenswert».

(IG Metall Tarifnachrichten im Internet)

Einzelhandel

Streikbewegung gegen Niedriglöhne

Lohnsenkungen von über 800 DM im Monat geplant! Am Sonnabend, den 26. Juni, wurden zahlreiche Karstadt-Kaufhäuser in Hamburg gantztägig bestreikt, darunter Karstadt-Mönckeburgstraße, das Alsterhaus, Sport-Karstadt am Hauptbahnhof und die Kaufhäuser in Altona, Billstedt und Wandsbek. Aufgerufen hatte die Gewerkschaft HBV. Nach den Streiks in den letzten Wochen – u.a. bei Woolworth und Toom – war dies ein vorläufiger Höhepunkt der aktuellen Streikbewegung. 1.100 VerkäuferInnen beteiligten sich an den Streiks.

Die Karstadt-Häuser konnten am 26.6. um die Mittagszeit zwar mit Notbesetzungen geöffnet werden, die Mehrzahl der Kunden kaufte jedoch trotzdem nicht dort ein. Viele unterstützten die VerkäuferInnen, sich gegen die drastischen Lohnsenkungen zur Wehr zu setzen. Wer trotzdem einkaufen wollte,

wurde kaum beraten und mußte lange nach einer geöffneten Kasse suchen.

Der Einzelhandelsverband forderte in dieser Tarifrunde, die Gehälter der Kassierer/innen und der Ungelernten zwischen 257 und 844 DM abzusinken. Darüber hinaus sollen Kassierer/innen zukünftig nur noch die Hälfte der Tarifzukünftigen erhalten. Diese Verschlechterungen will der Unternehmerverband als „Änderungen bei den Eingruppierungsbestimmungen“ durchdrücken. Erst dann ist er bereit, die Gewerkschaftsforderungen von 200 DM bzw. 6% Gehaltserhöhung für die 70.000 Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Die Forderungen der Einzelhandels-Verbände werden bundesweit erhoben, in vielen Bundesländern ist es deshalb in den letzten Wochen schon zu Streiks gekommen. Da die Unternehmer-Verbände bisher von ihren Forderungen nicht abrücken, wird eine langandauernde Streikauseinandersetzung erforderlich, um diese Angriffe abzuwehren. (res)

verkürzung mit Einkommensverlust bedeutet einen wesentlichen Einschnitt in den Lebensstandard und individuelle Zukunftsplanungen, ganz besonders betrifft dies Niedrig-Verdienende. Deswegen sind solche Maßnahmen nur im konkreten Einzelfall, zeitlich befristet und nur nach ausführlicher Diskussion und Beschlußfassung in den betroffenen Bereichen denkbar. Im Jahr 1994 hat die Gewerkschaft ÖTV für bedrohte Einrichtungen im Tarifgebiet Ost dieses Instrument geschaffen (Tarifvertrag zur Sozialen Absicherung – früher § 15 c BAT). Die Regelung wurde nach intensiver Diskussion mit den betroffenen Mitgliedern in bezirklichen Tarifverträgen in einer ganzen Reihe von Fällen genutzt und hat vor allem Erzieherinnen erfolgreich vor Entlassungen geschützt. Die Gewerkschaft ÖTV hat dabei darauf geachtet, daß eine solche Maßnahme nur in Verbindung mit einem soliden Konzept zur Zukunftssicherung der betreffenden Einrichtung zugelassen wurde. Denn es macht keinen Sinn für die Beschäftigten, mehrere Jahre Einkommensverluste hinzunehmen, um danach vor derselben maroden Situation zu stehen wie vorher.

Zum Schutz des Flächentarifs hat die große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV die von den Arbeitgebern geforderte Ausdehnung dieser Regelung auf das gesamte Tarifgebiet abgelehnt.

Welche Instrumente zur Verringerung des Arbeitsvolumens zum Zuge kommen, ist jeweils im Einzelfall in Verhandlungen zu klären. Der Weg führt immer über die gewerkschaftlichen Strukturen der Willensbildung.

6. Die Gewerkschaft ÖTV singt nicht das Lied vom „Teilen in der Klasse“

Die Gewerkschaft ÖTV hat durch ihre bundesweite Praxis vielfach eine Antwort gegeben, wie sie mit dem Problem der Beschäftigungssicherung umgeht: wir haben für Krisenbetriebe über maßgeschneiderte Lösungen verhandelt und darüber – vertraglich gesicherte – Vereinbarungen getroffen. Für starke Betriebe sind dabei bessere Ergebnisse erzielt worden als für schwache. Das ist kein „Irrtum“ gewerkschaftlicher Politik, sondern pure praktische Vernunft. Immer haben wir aber auf zweierlei geachtet: das bestmögliche Ergebnis mit den Betroffenen zusammen auszuhandeln und gleichzeitig den Flächentarif als Ganzes zu schützen. Dabei waren wir – und auch die anderen Gewerkschaften des DGB – sehr erfolgreich.

An die Adresse all der Arbeitgeber gerichtet, die meinen, sie brauchten uns nur den jeweils schlechtesten ÖTV-Tarifvertrag unter die Nase zu halten, um unsere Zustimmung zu Absenkungen zu erreichen, stellen wir fest: Auch wenn es oft versucht wird: niemand soll glauben, daß wir unsere Interessenvertretung am niedrigen Niveau der Schwächsten auf dem Arbeitsmarkt orientieren. Niemand soll glauben, daß wir das Lied vom „Teilen in der Klasse“ zum Maßstab unserer Interessenver-

setzung machen. Unsere Politik entwickeln wir an den Interessen unserer Mitglieder und an den Prinzipien der Gewerkschaftsbewegung.

Tarifdumping, Tarifflucht, Zerschlagung der Flächentarife wird die Gewerkschaft ÖTV Berlin mit aller Kraft bekämpfen. Wir wissen wohl, daß wir uns dabei nicht immer auf ganzer Linie durchsetzen werden, aber wir sagen jedem deutlich: Wir werden unsere Mitglieder mobilisieren!

7. Lohnverzicht schützt niemanden!

Lohnverzicht ist ein tiefgreifender Einschnitt in tarifliche Rechte. Er schmälert die Einkommen der Betroffenen und engt den Lebensstandard von Niedrigverdienenden spürbar ein. Gleichzeitig hat Lohnabsenkung immer Fernwirkungen über den betroffenen Bereich hinaus auf andere Tarifbereiche und schafft auch dort Druck zur Absenkung. Von den volkswirtschaftlich schädlichen Auswirkungen wollen wir hier gar nicht reden. In unserer Gesellschaft und Wirtschaft befinden sich stets einige oder mehrere Branchen in Umbrüchen und Krisen. Wenn die Gewerkschaften darauf jeweils mit Lohnverzicht reagiert hätten, wäre die Tariflandschaft bereits heute wie ein Schweizer Käse durchlöchert. Nur noch wenige Hochlohninseln in florierenden Exportbranchen würden aus einem Meer von abgesenkten Löhnen ragen. Dienstleisterinnen und Dienstleister für Bildung, Soziales, Gesundheit, Pflege, Sicherheit und Gemeinwesen würden sich im Meer und nicht auf den Inseln wiederfinden.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin lehnt deswegen Lohnverzicht als Mittel der Tarifpolitik ab. Mit Lohnverzicht ist großer Schaden in der Tariflandschaft anzurichten und nur wenig für die Beschäftigten zu erreichen. Öffnungsklauseln für die Unterschreitung von Tariflöhnen hat die Gewerkschaft ÖTV aus guten Gründen in ihren Tarifverträgen nicht zugelassen. Lohnverzicht ist kein Mittel zur Beschäftigungssicherung beim Land Berlin und bei den Krankenhäusern. Wir geben den Arbeitgebern keinen Freibrief auf Mitfinanzierung des Personalabbaus durch die Beschäftigten. Es verletzt unsere solidarischen Grundsätze zutiefst, denen, die ohnehin in der Einkommensrangfolge ganz unten stehen, kollektiv die Mitfinanzierung der Personalkosten aufzubürden.

8. Niedrigere Lohnabschlüsse für allgemeine Arbeitszeitverkürzung

In unserer Gesellschaft steigt die Produktivität. Mit geringerem Arbeitsvolumen kann mehr produziert und können mehr Dienstleistungen erbracht werden. Deswegen müssen Gewerkschaften auf Arbeitszeitverkürzung hinarbeiten, um Arbeitslosigkeit einzudämmen. Wir haben in der Vergangenheit für Arbeitszeitverkürzungen mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche niedrigere Lohnabschlüsse akzeptiert. Dies war sinnvoll, um Arbeitsvolumen umzuverteilen und Beschäftigung zu sichern. Die Gewerkschaft ÖTV Berlin stellt fest,

Öffentlicher Dienst:

Keine Annäherung beim Thema Arbeitszeit

Bis zum 31. Juli sollen die in der diesjährigen Tarifrunde des öffentlichen Dienstes vereinbarten Verhandlungen zum Thema Arbeitszeitgestaltung abgeschlossen sein. Grundlage dieser Verhandlungen bildet eine gemeinsame Erklärung, die die wesentlichen Eckdaten für einen Abschluß enthält: die Höchstarbeitszeit darf 48 Stunden im Durchschnitt von 3 Wochen nicht überschreiten; Arbeitsstunden, die über 45 Stunden in der Woche hinausgehen, sind Überstunden, also zuschlagspflichtig; die Arbeitnehmer entscheiden, ob sie Überstunden, Zeitzuschläge, Bereitschafts- und Rufdienste auf ihrem Arbeitszeitkonto in Zeitguthaben verbuchen und wann sie das Zeitguthaben abbauen wollen; sie müssen dabei dienstliche und betriebliche Belange berücksichtigen.

Inzwischen haben drei Verhandlungsrunden stattgefunden. Was aufgrund der gemeinsamen Erklärung so gut wie fertig aussah, birgt erheblichen Streitstoff in sich. Die öffentlichen Arbeitgeber weichen mit ihren Forderungen in vielen Punkten von der gemeinsamen Erklärung ab. So fordern sie u.a. eine zuschlagfreie Rahmenarbeitszeit; es soll keine Freiwilligkeit mehr für den einzelnen Arbeitnehmer geben, sondern für

ganze Betriebe/Bereiche soll verbindlich festgelegt werden, wie verfahren wird; die Arbeitgeber wollen nur betriebliche Vereinbarungen, die Gewerkschaften wollen einen (Rahmen-)Tarifvertrag.

Das entscheidende aber ist, daß der Dienstherr wieder stärker bestimmen können will, wo's lang geht. Die Beschäftigten sollen zur Arbeit antreten, wann er es verlangt. Sie sollen in die Freizeit geschickt werden, wann er es für sinnvoll hält. Woanders nennt man dies kapazitätsorientierte Arbeitszeit. Zeitsouveränität würde es dann nicht mehr, sondern noch weniger als heute geben.

Sinn und Zweck des ganzen ist es, die Kosten für die Mehrarbeit, für Überstundenzuschläge u.ä. zu senken, am besten ganz abzuschaffen. Man will damit das Tarifrundenergebnis kompensieren, hat ein Vertreter der Arbeitgeberseite zu verstehen gegeben. Die Tarifparteien treffen sich nochmals am 21./22. Juli. Eine Einigung ist nicht abzusehen und wird von den Mitgliedern der Tarifkommission auch nicht erwartet. Sie rechnen damit, daß Schily & Co. das Thema in die nächste Einkommensrunde reinziehen will.

har

Tarifliche Lohnstrukturen 1998 zwischen 1.465 und 10.654 DM

Niedrige Stundenlöhne ab 8 Mark

(22.06.1999) Das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung hat soeben eine aktuelle Analyse der tariflichen Lohn- und Gehaltsstrukturen in der Bundesrepublik vorgelegt. Sie bezieht sich auf Tarifbereiche aus 26 Wirtschaftszweigen und erfaßt 7,1 Mio. Beschäftigte, davon 5,4 Mio. aus den alten und 1,7 Mio. aus den neuen Bundesländern. Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick (Daten auf dem Stand vom 31.12.1998):

- Die Grundvergütungen bewegen sich von 1.465 DM (für eine/n einfache/n Büroangestellte/n in der Gehaltsgruppe 1 im privaten Transport- und Verkehrsgewerbe Sachsen) bis zu 10.654 DM (für eine/n Regionalbereichsleiter/in mit besonders hohen Führungsanforderungen bei der Deutschen Bahn AG).
- Die Zahl der Vergütungsgruppen bewegt sich in den einzelnen Tarifbereichen zwischen 3 und 17, unterhalb der mittleren Lohngruppe gibt es im Schnitt 4 weitere Vergütungsgruppen.
- In fast allen ausgewerteten Tarifbereichen gibt es eine zusätzliche Differenzierung innerhalb der Vergütungsgruppen nach Berufserfahrung.
- Die Vergütungen in der mittleren Gruppe (Einstiegsstarif) reichen in den

alten Bundesländern von 2.230 DM bis 4.671 DM, in den neuen Ländern von 1.960 DM bis 3.728 DM. Der absolute Abstand zwischen der untersten und obersten Vergütungsgruppe variiert zwischen 358 DM und 8.464 DM.

- Es gibt einige Tarifbereiche mit ausgeprägten Niedrigeinkommen mit Stundenlöhnen zwischen 8 und 19 DM; das entspricht monatlichen Grundvergütungen zwischen rund 1.500 und 3.000 DM.

- Die Ausbildungsvergütungen betragen je nach Branche und Ausbildungsjahr zwischen 653 und 2.120 DM. Sie betragen im 3. Ausbildungsjahr zwischen 31 und 58 % der Einstiegsgruppe für Facharbeiter/innen und Fachangestellte.

Nach Auffassung des WSI belegen diese Zahlen einmal mehr, daß das deutsche Tarifsysteem sehr viel flexibler und differenzierter ist als sein Ruf. Die Notwendigkeit für eine weitere Lohnspreizung besteht nicht, schon gar nicht im unteren Einkommensbereich.*

* Reinhard Bispinck/WSI-Tarifarchiv, Tarifliche Lohn- und Gehaltsstrukturen 1998 – Eine Analyse von Struktur, Differenzierung und Niveau der Tarifeinkommen in ausgewählten Tarifbereichen, Düsseldorf, Juni 1999, 72 Seiten, 10 DM. (Aus: Böckler's Informationsdienst, ww.boeckler.de/)

BDI enttäuscht über die ausbleibende Nettoentlastung der deutschen Unternehmen.

HB, Montag, 28.6.99. – BDI-Präsident H.-O. Henkels Gesamtbilanz der steuer- und sozialpolitischen Aktivitäten der rot-grünen Koalition fällt schlecht aus. Dabei schlagen für ihn die steuerliche Mehrbelastung der Unternehmen durch das sogenannte Steuerentlastungsgesetz sowie die Einführung der Ökosteuer negativ zu Buche: „Dies alles sind wirtschaftsfeindliche und arbeitsplatzschädliche Entscheidungen gewesen.“ Henkel appellierte an die Regierung, deutlich zu machen, daß sie es mit der Unternehmenssteuerreform wirklich ernst meine. Dazu müsse sie als Signal alle Steuersätze im noch bestehenden Steuersystem zum 1.1.2000 senken.

Industrie klagt über starres Tarifsystem. **HB, Dienstag, 29.6.1999.** – „Wir brauchen eine Konkurrenz zu den Flächentarifverträgen“ forderte BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel. Gesetzliche Vorschriften, die bislang die autonomen Verhandlungen zwischen Firmenführung und Betriebsrat behinderten, müßten schnellstmöglich geändert werden. Die Betriebe sollten direkt mit ihrer Belegschaft Tarifverträge aushandeln dürfen. Der DGB lehnte diese Forderung postwendend ab. „Tarifautonomie und tarifvertragliche Inhalte müssen vor der Konkurrenz paralleler Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene geschützt werden, sagte DGB-Tarifexperte R. Dombre.“

„Einfachberufe“ von der Wirtschaft gefordert. **HB, Donnerstag, 1.7. 1999.** – Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) kündigte weitere Reformen der Berufsausbildung an. Nötig seien flexiblere Gestaltungen von Ausbildungsordnungen und -inhalten. Ein neues Konzept werde mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften erarbeitet. Die Ministerin sprach sich zugleich gegen neue „Einfachberufe“ mit geringeren Qualifikationen aus, wie aus der Wirtschaft gefordert.

Niedriglohn für Berliner Einzelhandel. **HB, Freitag/Samstag, 2./3.1999.** – Die Arbeitgeber werten als Erfolg, daß in Berlin ein Abschluß unter 3 % gelungen sei. G. Wassmann, Tarifexperte der HDE bezeichnete als Durchbruch die Vereinbarung einer neuen Niedriglohngruppe, der Abschlag bei den Bruttolöhnen für neue Mitarbeiter mache 188 DM monatlich aus. für Einzelhändler mit maximal 16 Mitarbeitern gelte die Gehaltserhöhung erst ab September.

Presseauswertung: rst

daß Arbeitszeitverkürzungen auch in Zukunft notwendig sind, um Arbeitslosigkeit abzubauen. Sie müssen im Flächentarif auf möglichst breiter Basis vorgenommen werden.

9. Einkommenseinbußen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst in Mark und Pfennig

Es gibt keinen Grund für Lohnverzicht, denn im Kampf um die Verteilung des gewachsenen Reichtums hatten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den vergangenen Jahren ohnehin das Nachsehen. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst lagen in den Jahren 1993 bis 1998 nur in zwei von sechs Jahren oberhalb der Inflationsrate, brachten also nur in zwei Jahren einen echten Reallohnzuwachs. In den anderen Jahren hatten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst Reallohnverluste. Auf 200 000 Beschäftigte im Berliner Landesdienst und in den Krankenhäusern berechnet sich so ein erheblicher Einkommensrückstand (nicht ausgeglichene Preissteigerung) zugunsten der Landeskasse.

10. „Unsichtbare“ Leistungen der ArbeitnehmerInnen, die die Arbeitgeber gerne entgegennehmen

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beim Land Berlin und in den Krankenhäusern haben darüber hinaus erhebliche „unsichtbare“ Leistungen erbracht: Personalabbau ohne Aufgabenreduzierung führt zu einer Steigerung der Produktivität der Dienstleistungen – je höher der Personalabbau, desto mehr steigt die Leistung pro Arbeitskraft. Dies haben die Beschäftigten in Verwaltungen und Gesundheitswesen am eigenen Leib gespürt: Arbeitsverdichtung und Streß sind gewachsen, zunehmende betriebliche Konflikte und steigende Mißgunst unter Kolleginnen und Kollegen waren die Folge. Im Gesundheitswesen muß die Übergabe zwischen den Schichten nicht selten bereits außerhalb der bezahlten Arbeitszeit erfolgen. Die Belastung in Bereitschaftsdiensten liegt oft weit über 50 %, aber weder wurden Schichtdienste eingerichtet, noch wird diese Zeit bezahlt. So „schenken“ die Beschäftigten ihrem Arbeitgeber Arbeitszeit ohne Bezahlung in einem Umfang, der bislang unbekannt ist.

11. Was tun? Gestaltung + Gegenmacht = Kampagnefähigkeit

Interessenvertretung verlangt heute viel mehr als früher, daß wir uns in schwierigen Situationen mit Gestaltungsvorschlägen am Krisenmanagement der Politik, der Leitungen von Verwaltungen und Betrieben beteiligen. Aber unsere Beteiligung verkommt zur Alibiveranstaltung, unsere Gestaltungsvorschläge bleiben Papier, wenn nicht die Gegenmacht einer Gewerkschaft hinzukommt. Erst wenn wir Gestaltung und Gegenmacht zu einem kampagnefähigen Konzept verbinden, können wir Beschäftigte überzeugen, breit mobilisieren und Erfolge erreichen.

12. Betriebl. Gewerkschaftsarbeit stärken

Es ist nicht neu, aber immer wieder aktuell: die gewerkschaftliche Handlungsmöglichkeit und Verhandlungsstärke hängt vom Engagement der Mitglieder in den Betrieben ab. Gerade in schwieriger Lage ist es notwendig, sich um die gewerkschaftliche Gegenmacht zu kümmern. Verhandlungsstärke erwächst nun einmal nicht aus Presseerklärungen und Umfragen. Immer wieder beobachten wir, daß sich Beschäftigte zurückziehen, Betriebsgruppen ihre Verantwortung an Personalräte abgeben. Eine betriebliche Politik aber, die sich ausschließlich auf Personalräte stützt, läuft Gefahr, daß die Probleme lediglich durch die „Personalratsbrille“ wahrgenommen werden und Handlungsmöglichkeiten jenseits des Personalvertretungsgesetzes zu wenig in den Blick genommen werden. Ärgerlich wird es schließlich, wenn die Lücke, die so in der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit entsteht, von manchen durch ganz besonders hohe Ansprüche an „die ÖTV“ gefüllt werden – natürlich vergeblich.

13. Betriebliche Arbeit und gewerkschaftl. Willensbildung zusammenführen

Die Gewerkschaft ÖTV kann dann im Interesse der Mitglieder handeln, wenn Lösungsvorschläge von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen aufgenommen, wenn über die richtige Lösung und den angemessenen Weg diskutiert und notfalls gestritten wird. Dies setzt aber voraus, daß Vorschläge in die gewerkschaftliche Willensbildung eingebracht werden. Wir erwarten von allen Mitgliedern, daß sie diesen Weg nutzen. Der Bezirksvorstand stellt fest, daß zum jetzigen Zeitpunkt eine tarifpolitische Debatte über Lohnverzicht zum Erhalt von Arbeitsplätzen kontraproduktiv ist, und er fordert die Betriebsgruppen sowie die ÖTV-Mitglieder in Personalräten auf, derartige Aktionen sofort einzustellen bzw. nicht weiter zu unterstützen. Der Bezirksvorstand hält es für erforderlich, die Verhandlungskommission der Gewerkschaften des DGB und DAG sowie des Hauptpersonalrats zu stärken, um im Sinne der bisherigen Verhandlungsstrategien zur Beschäftigungssicherung fortzufahren, um für alle Beschäftigten des Landes Berlin eine einheitliche Regelung zu sichern. Insbesondere erwartet der Bezirksvorstand, daß während laufender Verhandlungen unabgestimmte Aktionen unterbleiben und daß keine Erklärungen abgegeben werden, die den Eindruck erwecken, als seien sie im Namen der Gewerkschaft ÖTV erfolgt.

14. Mitglieder u. Öffentlichkeit mobilisieren

Wer sich wehrt, gewinnt Kraft, kann Arbeitskolleginnen und -kollegen mitreißen und die Öffentlichkeit für sich gewinnen. Wer sich regt, kann Arbeitgeber beeindrucken. Angst läßt sich am besten durch Solidarität und Gegenmacht bekämpfen. Gemeinsam sind wir stark, diese alte Erkenntnis gilt unverändert in der heutigen Situation. *(beschlossen am 10.5.99)*

Der Parteivorstand hat auf seiner Sitzung am 28. Juni erneut das Europawahlergebnis analysiert.

André Brie erklärte laut Pressedienst „Er halte nichts vom Weg in die Mitte. Aber wer überhaupt fünf Prozent erreichen will, sollte auch im Westen breiteste Schichten ansprechen.“ Hoffentlich hat er sich in der Sitzung des Vorstandes etwas präziser ausgedrückt. Er wird zitiert: „Ein realistisches Herangehen an die Teilnahme bei Kommunal- und Landtagswahlen forderte A. Brie unter erneutem Verweis auf die unterschiedlichen Wählergruppen bei diesen und bei Bundeswahlen (siehe Mainz).“

Im Jahre 2002 müsse der Wahlkampf (noch) professioneller ‚stärker medienorientiert‘ und ‚leider auch stärker kommerzialisiert‘ werden. Die Partei müsse Wählerschichten erreichen, die außerhalb ihrer Kommunikationsmöglichkeiten liegen. A. Brie bat den Vorstand, sich auf finanzielle Konsequenzen einzustellen. Die PDS habe (mit Einschränkungen) einen politischen und professionellen Wahlkampf geführt und es geschafft, sich auf zentrale Themen zu konzentrieren. Die elektronische und die Plakatwerbung sei anerkannt worden, die Kritiken werden sehr ernst genommen. Insgesamt fanden rund 2000 Wahlveranstaltungen statt, wobei deren Formen zu überdenken seien – sie müßten origineller, kulturvoller und aktionsorientierter sein. Die Auflage der gedruckten Materialien (Wahlzeitung) war zu hoch. „Kein Wort zu den vielen und starken Kritiken an der Wahlzeitung, wie z.B. aus Niedersachsen, wo sich die Mitglieder weigerten, die Wahlzeitung zu verteilen. Die Vorschläge von André Brie sind auch nicht neu. Im Westen wird sich die PDS nur entwickeln, wenn sie bei Wahlen dort antritt, wo sich die Mitglieder das zutrauen, das ist das grundlegende Kriterium. Und dies machen auch verschiedene Landesverbände bei den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen.“

Der PDS Landesverband **Saarland bewertet die Wahlergebnisse zu den Kommunalwahlen positiv:** Zwar ist es nicht gelungen, kommunale Mandate zu erringen, allerdings können sich die Ergebnisse auf regionaler Ebene sehen lassen. Der Landesvorsitzende Horak erklärte: „Das bedeutet, daß die Akzeptanz der PDS an der Saar weiter gestiegen ist und gerade bei der jüngeren Wählerschaft Vorurteile nicht mehr so prägende sind.“ Bemerkenswert ist außerdem die Tatsache, daß die PDS offenbar bei den Kommunalwahlen ähnliche, zum Teil bessere Ergebnisse erzielte als bei den gleichzeitig stattfindenden Europawahlen. In Saarbrücken erhielt die PDS jeweils 1,8%, in Völklingen bei den Europawahlen 1,7% und bei den Kommunalwahlen 2,0%.

Dies muß auch ausschlaggebend dafür gewesen sein, daß der Landesverband beschlossen hat, zu den Landtagswahlen anzutreten. Der PDS-Bundesvorstand hat aus bundespolitischer Sicht eine Kandidatur im Saarland zum jetzigen Zeitpunkt für nicht ratsam gehalten. Bei einem Wahlergebnis zwischen 1 bis 2 Prozent würde die PDS auf jeden Fall Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Auch nicht einfach schlecht.

„solid“ heißt der neue „PDS-nahe bundesweite sozialistische Jugendverband.“

Solid (englisch gesprochen) steht für „demokratisch. sozialistische.linke.“ Die 250 Gründungsmitglieder waren sich darin einig, daß die PDS mit ihren Gesellschaftsvorstellungen und ihrer Politik eine erste Partnerin für den Jugendverband ist, doch eine „Kampfeserve der Partei“ wolle und werde man nicht sein. Der Gründungskongreß verabschiedete eine Satzung als verbindliches Arbeits-Regularium. Als höchstes Organ zwischen den bundesweiten Delegiertenkonferenzen wurde ein sechsköpfiger SprecherInnenrat gewählt.

Die 5%-Klausel bei den Kommunalwahlen in NRW ist durch das Verfassungsgericht Münster abgeschafft worden.



Verfassungsrichter sahen die Rechte der Kläger durch das neue Kommunalwahlrecht vom 12.5.98 eingeschränkt. Der Landtag habe „die 5%-Klausel nicht aufgehoben oder abgemildert“. Die PDS NRW hatte u.a. gegen die 5%-Klausel geklagt und jetzt den Erfolg: bei den bevorstehenden Kommunalwahlen kann sie in einigen Orten in den Rat einziehen. Der Landtag wird jetzt zu einer Sondersitzung einberufen, um die 5%-Klausel aus dem Gesetz zu streichen. Die Sozialdemokraten, die jahrzehntelang über die 5%-Klausel gewacht haben, behaupten jetzt dreist, sie können mit dem Urteil leben. Der PDS-Landesvorstand erklärte: Die Vorstellungen der PDS NRW zur Änderung des Kommunalwahlrechts gehen deutlich über die Abschaffung der Sperrklausel hinaus. Die PDS NRW fordert, den WählerInnen die Möglichkeit zu geben, ihre Stimmen zu kumulieren und zu panaschieren, wie in Süddeutschland bei den Kommunalwahlen üblich. Diese Möglichkeit würde den Wählerwillen eindeutiger zum Ausdruck bringen.

Die PDS NRW hat schon vor längerer Zeit beschlossen, sich in ausgewählten Städten mit Schwerpunkt kandidaturen an den Kommunalwahlen zu beteiligen. Der Einzug von KandidatInnen der offenen Listen der PDS in die Räte von Düsseldorf, Duisburg, Wuppertal, Herne, Witten, Stolberg und Heimbach ist bei Wegfall der Sperrklausel sehr wahrscheinlich. Aufgrund der Entscheidung des Verfassungsgerichts, die Sperrklausel für verfassungswidrig zu erklären, strebt die PDS in NRW nun auch Kandidaturen für die Stadträte in Aachen, Köln, Neuss, Moers, Essen, Bielefeld und Münster und für den Kreistag in Unna an. Auch in diesen Städten scheint ein Einzug der PDS in die Kommunalparlamente jetzt durchaus wahrscheinlich zu sein.“

Neuere Entwicklungen bezüglich der Beteiligung der PDS an den **Kommunalwahlen Baden-Württemberg:** Weitgehend abgeschlossen ist die Listenaufstellung in Tübingen. Die Kreistagsliste ist gewählt, für die Kommunalwahlliste wurde der größere Teil der Kandidatinnen und Kandidaten ebenfalls bereits gewählt. In Tübingen wurde von den Beteiligten eine interessante Variante des baden-württembergischen Kommunalwahlrechts gewählt: der gemeinsame Wahlvorschlag von einer Partei (PDS) und einer mitgliedschaftlichen Wählervereinigung (Tübinger Linke, TÜL e.V.). Damit kann an die bisherige linke Vertretung im Gemeinderat durch Gerhard Bialas (DKP), der für die TÜL gewählt worden war, angeknüpft werden und zugleich die Perspektive einer PDS-Kandidatur aufgemacht werden.

In Konstanz will die PDS wohl auch kandidieren, ebenfalls in Karlsruhe, wo es nach bisherigen Informationen wohl zu einer inhaltlich begründeten Einigung zwischen den zwei verschiedenen Basisorganisationen kommen wird. In Karlsruhe lag das Europawahlergebnis bei 2,1%, so daß die Chancen für ein Mandat im Gemeinderat vorhanden sind.

Der PDS-Pressedienst Nr. 26/99 veröffentlichte „**Fragen für die programmatische Debatte der PDS**“ Die Fragen wurden von der Programm-Kommission ausgearbeitet. In dem Vorwort heißt es: „Das vorliegende Papier soll den Umfang der programmatischen Debatte bestimmen – nicht den Umfang von Programmänderungen. Nach einhelliger Auffassung in der Kommission muß die Feststellung des Parteitages Richtschnur sein, wonach die Antwort auf die Frage, ob das geltende Parteiprogramm ... überarbeitet oder insgesamt neu formuliert werden soll, ... nicht vorweg genommen werden (darf), sondern ... konsensorientiert erarbeitet werden (muß).“

Zusammenstellung: jöd

Versuch einer knappen Beschreibung und Vorbemerkung

Am 17. Juni hat der PKK-Vorsitzende Öcalan auf Imrali seine abschließende Erklärung zu den Vorwürfen der Anklage abgegeben. Am 29. Juni verkündete das türkische Gericht dann wie erwartet die Todesstrafe gegen den PKK-Vorsitzenden. Gegen das Urteil ist nun Revision zulässig, aber wenig aussichtsreich. Dann geht der Fall vor das türkische Parlament. Auch wenn derzeit in der türkischen Presse Versuche zu beobachten sind, eine etwas ruhigere Debatte über das weitere Vorgehen in der kurdischen Frage anzufangen, dürfte das türkische Parlament das Todesurteil am Ende vermutlich bestätigen. Die Verteidigung Öcalans hat angekündigt, daß sie sich dann an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden wird. Staatspräsident Demirel hat erklärt, die Türkei werde dessen abschließendes Urteil einhalten.

Damit zeichnet sich ein Szenario ab, bei dem der PKK-Vorsitzende eingekerkert, aber vielleicht (wenn es nicht zu Giftmord, „plötzlichem Herzversagen“ oder ähnlichem kommt) am Leben bleibt – eine Geisel des türkischen Staates. Welche Folgen das für eine politische, demokratische Lösung der kurdischen Frage haben wird, darüber kann im Augenblick nur spekuliert werden.

Kritik, Irritationen, Diskussionsbedarf

In der Öffentlichkeit haben die Erklärungen und das Verhalten des PKK-Vorsitzenden im Prozeß zu zahlreichen Fragen und auch Irritationen geführt. Wobei diese Fragen und Irritationen zum Teil Ergebnis massiver Pressehetze sind. So ziemlich alle Organe und Leute, die schon immer dem kurdischen Befreiungskampf boshaft bis feindlich gegenüberstanden, haben den Prozeß zu ihrer üblichen hetzerischen Berichterstattung genutzt.

Aber auch aus dem näheren Umfeld der PKK kommen kritische Töne. Ebenso aus dem Kreis der Verteidigung des PKK-Vorsitzenden – wenngleich hier zum Teil von Leuten, die schon immer eine andere Politik als die PKK verfolgt haben. Direkt ärgerlich wird diese Kritik, wenn der bereits früh aus der Verteidigung Öcalans ausgeschiedene Anwalt Ahmet Zeki Okcuoglu, schon lange ein Gegner des bewaffneten Kampf der PKK, nun dem PKK-Vorsitzenden in Interviews vorwirft, er dürfe nicht mit dem türkischen Staat um eine politische Lösung verhandeln. Was sollte Öcalan denn sonst machen? Zur Fortsetzung des bewaffneten Kampfes aufrufen und sich heldenhaft hinrichten lassen?

Ganz offensichtlich hat der PKK-Vor-

sitzende bis zum Schluß des Prozesses auf Imrali versucht, diesen als eine Bühne zur Einleitung eines politischen Dialogs mit dem Regime zu nutzen. Man mag über die Aussichten einer solchen Prozeßführung streiten – aber der Versuch, einen bewaffneten Konflikt in einen politischen Dialog umzuwandeln, ist richtig und nicht zu kritisieren.

Auch die Vorwürfe des PSK-Vorsitzenden Kemal Burak, der kritisierte, wie der PKK-Vorsitzende den Angehörigen der gefallenen türkischen Soldaten seine Achtung erwies, sind zumindest merkwürdig. Die PSK hat nicht den geringsten Anteil am bewaffneten Widerstand in Kurdistan gehabt. Schon allein deshalb ist es zumindest merkwürdig, dem PKK-Vorsitzenden, dessen Partei 15 Jahre lang den Guerillakrieg organisierte, aus sicherem schwedischem Asyl Benimmregeln vorzuschreiben. Außerdem: Was hätte der PKK-Vorsitzende denn sonst machen sollen? Die Gefallenen der Gegenseite ignorieren, ihre Angehörigen womöglich noch verhöhnen? Die PKK hat ihren bewaffneten Kampf immer mit einer Notwehrsituation begründet. Sie griff zur Gewalt nicht aus Freude an der Gewalt, sondern weil der kurdischen Seite alle legalen, friedlichen Mittel für ihren Kampf verschlossen waren. Die Achtung vor den Gefallenen der Gegenseite gehört zu den einfachsten Kriegsregeln, auf deren Einhaltung die PKK zu Recht immer gedrängt hat.

Andere Kritiken sind nicht so leicht abzutun. So ist der Vorwurf zu hören, der PKK-Vorsitzende sei zu weich, zu friedensbereit aufgetreten. Er hätte den türkischen Staat schroffer anklagen müssen, da er ohnehin keine Aussicht habe, in einem Gerichtsverfahren politisches Nachdenken auf der Gegenseite anzustoßen. Dieser Vorwurf geht davon aus, daß die kurdische Bewegung durch die Verhaftung Öcalans und die Verluste der Guerilla in letzter Zeit stark geschwächt ist und politisch vom türkischen Staat zur Zeit nichts zu erwarten hat außer Kapitulationsaufforderungen. Das türkische Regime fühle sich als Sieger über den kurdischen Aufstand und handle auch so. Ob diese Lagebeurteilung stimmt, ist aber zumindest zweifelhaft und wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Warum hebt die Türkei den Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten noch immer nicht auf? Warum demonbilisiert sie ihre Armee nicht? Warum schafft sie die Dorfschützer nicht ab? Es kann durchaus sein, daß die Türkei in Wirklichkeit deutlich schwächer ist, als dies in der oberflächlichen Berichter-

stattung im Westen dargestellt wird.

Dann gibt es den Vorwurf, die Forderung des PKK-Vorsitzenden nach Anerkennung der kurdischen Kultur und Sprache sei eine Reduzierung aller bisherigen kurdischen Forderungen. Wieso Reduzierung? Wenn der türkische Staat anerkennt, daß eine türkische und eine kurdische Nation auf seinem Staatsgebiet leben – ist das nicht das Ende des Kemalismus? Führt das nicht zu einem völlig anderen Staat auf dem Boden der Türkei?

Trotzdem: es gibt Diskussionsbedarf. Fragen zur Geschichte und zur weiteren Politik der PKK bestanden zum Teil schon während des Aufenthalts des PKK-Vorsitzenden in Rom und müssen irgendwann in der nächsten Zeit aufgeklärt werden.

Zumal sich der PKK-Vorsitzende auch ausführlich zur Geschichte der PKK, zu ihren inneren Kämpfen usw. geäußert hat und von der Aufgabe einer allgemeinen Überprüfung auch des PKK-Programms gesprochen hat.

Sicher, wenn der türkische Staat sich zu Schritten zu einer politischen Lösung aufrafft, würde sich vieles ändern. Die türkische Republik würde eine völlig andere Republik. Ganz sicher müßte dann auch die PKK sich auf einen legalen Kampf und andere Kampfbedingungen umstellen und insofern auch ihr Programm ändern.

Aber wenn der türkische Staat keinen Schritt zu einer politischen Lösung macht? Wenn er auf dem Todesurteil besteht und weiter versucht, gemeinsam mit den USA, der PUK und der KDP die PKK-Guerilla und die Parteiführung im Mittleren Osten einzukreisen und möglichst militärisch zu vernichten? Wie soll dann die Politik der PKK weitergehen? In Kurdistan selbst? In Europa? In den türkischen Metropolen? In den Gefängnissen? Für welche nächsten politischen Ziele will die PKK dann künftig wie kämpfen? Viele Fragen, die einer ruhigen Diskussion bedürfen.

Schlusserklärung Öcalans – eine Skizze

Die „Internationale Initiative ‚Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan‘“, hat angekündigt, die derzeit nur in englisch übersetzte Schlusserklärung Öcalans auf Imrali in den nächsten Tagen auch in deutscher Fassung veröffentlichen zu wollen, evtl. mit weiteren Prozeßdokumenten. Das wird hoffentlich erlauben, die eine oder andere der durch



3. Juli: 1800 Kurdinnen und Kurden demonstrieren in Stuttgart für eine friedliche Lösung in Kurdistan. Auch in anderen Städten finden Aktionen statt.

den Prozeß und z.T. schon in seinem Vorfeld aufgeworfenen Fragen besser und gründlicher zu erörtern.

Hier vorläufig nur der Versuch einer Skizzierung und auszugsweisen Wiedergabe der Schlußerklärung des PKK-Vorsitzenden – mit allen damit verbundenen Risiken einer möglicherweise etwas schiefen Darstellung.

Kein Terror, sondern legitimer kurdischer Aufstand

Die Erklärung gliedert sich in 7 Teile. In der Einleitung betont der PKK-Vorsitzende, es sei „absolut notwendig, die historischen und sozialen Bedingungen, aus denen der Aufstand unter der Führung der PKK“ sich entwickelt habe, zu „untersuchen“. Es sei unmöglich, diesen Vorgang auf „Terror“ zu reduzieren. Eine solche Reduktion führe auch zu falschen Schlußfolgerungen und werde „das Dilemma vertiefen“. „Es wäre auch ungenügend, dies vom Standpunkt des gegebenen gesetzlichen Systems her zu behandeln, ganz zu schweigen ausgehend von einzelnen Gesetzen.“ (Die Staatsanwaltschaft basiert ihre Anklage weitgehend auf den Vorwurf des Verstoßes gegen Artikel 125 des Türkischen Strafgesetzbuches, d. Red.)

Der „kurdische Aufstand“ unter Führung der PKK sei eine „soziale Explosion“; der die Struktur der Türkei schon jetzt „vehement“ erschüttert habe.

Schon die Militärputsche vom 12. März 1970 und vom 12. September 1980 hätten deutlich gemacht, daß die Türkei der 70er Jahre mit einer Serie von schweren sozialen Konflikten konfrontiert gewesen sei. „Dies führte zu einigen schwerwiegenden gesetzlichen Einschränkungen bis hin zur Abschaffung der Verfassung des Militärputsches vom 27. Mai 1960 mit ihrem relativ demokratischen Charakter und zur Installation der Verfassung von 1982 mit ihrem größtenteils antidemokratischen Charakter.“

„Die PKK wurde geboren als eine ille-

gale Bewegung jener Zeit und entwickelte sich zu einer Bewegung, die in ihrer Analyse, in ihrer Propaganda und in ihren Aktionen in der sozialen Realität der Kurden verankert war. Ihre Entstehung war legitim, wenn nicht sogar legal. Die Legitimität eines Aufstandes gegen das System der extensiven Repression, einer Repression, die bis zum „Sprachverbot“ der 1982er Verfassung ging, sollte beachtet werden, wenn über diese Sache als eine illegale Bewegung gesprochen wird. Man darf die tiefe historische Furcht und die Rückständigkeit der kurdischen Gesellschaft, die Scham, sogar den eigenen Namen auszusprechen, nicht vergessen. Es sollte deshalb nicht überraschen, daß ein solcher Aufstand sich unter den anarchischen Verhältnissen jener Ära und ihrer schwerwiegend restriktiven gesetzlichen Rahmenbedingungen jener Zeit entwickelte.“ Die PKK sei einerseits konfrontiert gewesen mit den nur auf Unterdrückung gerichteten Diskussionen zur kurdischen Frage in Ankara. Zweitens habe man von der „kurdischen Bewegung“ und deren Politik im Nordirak gelernt und sich von ihrer feudalistischen, tribalistischen Politik von vornherein abgegrenzt. Langsam habe die PKK sich von einem Faktor, der von diesen beiden Polen aus beeinflusst wurde, entwickelt zu einem Faktor, der seinerseits beide Faktoren beeinflusse. „Es ist offensichtlich, daß ihre Parolen und Aktivitäten von diesen beiden Elementen der Gewalt beeinflusst waren.“ Es sei ebenfalls wahr, daß die PKK versucht habe, zu einer Kontinuität der militärischen Aktivitäten zu gelangen. Aber es sei eine Übertreibung, die zu irrigen Schlüssen führe, wenn die PKK als die einzige Quelle und der einzige Verantwortliche für alle Gewalt dargestellt werde. Zudem: „In allen Konfliktsituationen in der Welt kann ihre Anwendung außer Kontrolle geraten und Mitglieder solcher Organisationen, die darin verwickelt sind, können zu ungesetzlichen Handlungen greifen.“ Dies sage er nicht, um sich reinzuwaschen, aber solche Faktoren sollten

beachtet werden. Die PKK fordere in ihrem Programm und in ihren Parolen einen unabhängigen Staat, und dies mache sie verantwortlich, „aber die Realität des Lebens ist wichtiger als jedes Programm und lehrt uns, was realistisch ist“. Er mache diese, wie er finde, wichtige Bemerkungen auch, weil er nicht für alles und jedes in der PKK verantwortlich gemacht werden dürfe.

Er akzeptiere seine „herausragende individuelle Verantwortlichkeit für die Ideologie, die Organisation und ihre Aktivitäten“, aber sein „Widerstand gegen jede Form der Gewalt, soweit sie nicht der legitimen Selbstverteidigung diene“, könne nicht bestritten werden. Es falle ihm nicht schwer, dies notfalls auch durch schriftliche Dokumente zu unterstreichen.

Transformation nötig

Nach dieser Einleitung folgt das Kapitel unter der Überschrift „Die Transformation der PKK ist kein Dilemma, sondern eine Notwendigkeit“.

Der Kollaps des sowjetischen Systems am Ende der 90er Jahre sei für demokratische Umgestaltungen mindestens so wichtig wie die Französische Revolution 200 Jahre zuvor. „Dies hat wirklich den Weg freigemacht für demokratische Umgestaltungen in vielen Ländern der Welt, insbesondere im Ostblock.“ Ebenso wie die sowjetische Oktoberrevolution der wichtigste äußere Faktor für die nationale Befreiung der Türkei gewesen sei, so habe nun dieser Kollaps zutiefst positive Bedingungen geschaffen für die Türkei und die anderen turkmenischen Republiken, um sich von ihrer Situation während des Kalten Krieges zu emanzipieren, einem Status, der Demokratisierung verhindert habe.

Das Programm und die Praxis der PKK habe früher viele Zeichen „des dogmatischen und ideologischen Herangehens der radikalen Jugendbewegung jener Jahre“ getragen, beides sei nun einer „unvermeidlichen Transformation“ ausgesetzt, ebenso wie viele andere Dinge in der Welt. „Die PKK muß diese Entwicklungen ertragen wegen ihrer Beteiligung an einem intensiven bewaffneten Konflikt“. Die Notwendigkeit einer solchen Transformation könne nicht geleugnet werden. Dies gelte auch für das Programm der PKK. „Die programmatische Formulierung (des Ziels) eines separaten (kurdischen) Staates oder einer ähnlichen Struktur hat sich als unrealistisch und unnötig herausgestellt.“ „Unabhängigkeit und Freiheit können außerordentlich progressiv, außerordentlich praktisch und sehr sinnvoll innerhalb der Grenzen der Türkei erreicht werden. Dies ist keine engstirnige Taktik. Dies ist eine reife Sichtweise, die ich aus den Lehren des bisherigen Lebens gezogen habe.“ Sein Ziel sei schon länger eine „Demokratisierung der Türkischen Republik“, und dies habe er auch schon in mehreren

Reden vor seiner Verhaftung deutlich gemacht.

Dies stehe auch nicht im Widerspruch zu seinen Erklärungen während seiner Anwesenheit in Europa vor seiner Verhaftung, als er von dieser Reise als dem Versuch (der Kurden) sprach, nun zu einem Staat zu werden. Schließlich habe sich in Nordirak eine solche staatliche „politische Formation“ herausgebildet. „Eine ähnliche Entwicklung ist unbestreitbar die lokale politische Macht, die die HADEP bekommen hat durch den Gewinn einer Autorität in den Kreisverwaltungen und Gemeinden von über 40 Wahlbezirken. Dies bedeutet ohne Zweifel einen demokratischen Prozeß der Staatswerdung in dem Sinne, daß es eine Einheit des politischen Willens auf Basis einer demokratischen Republik“ gebe. „Zum ersten Mal hat sich solche ein einheitlicher politischer Wille in der kurdischen Gesellschaft herausgebildet, um Teil der öffentlichen Gewalt in einer unitarischen (einheitlichen) Republik zu werden.“ Das Ziel sei nun nicht mehr ein „enger Separatismus“. Vielmehr gehe es der kurdischen Bewegung und auch ihm nunmehr darum, „einen Platz zu besetzen in den staatlichen Strukturen und ein Teil der politischen Macht zu werden auf der Basis demokratischer Beteiligung innerhalb der Einheit der Türkei.“ Dies sei „eine historische Entwicklung par excellence.“

Gegen eine terroristische Kriegsführung

Das nächste Kapitel ist überschrieben mit: „Es ist wahr, daß ich einen innerparteilichen Kampf geführt habe um das Verständnis der PKK von Organisation und Aktivitäten.“

Hier geht der PKK-Vorsitzende auf die inneren Linienkämpfe der PKK in den letzten Jahren ein. Er und andere hätten in den vergangenen Jahren, vor allem seit 1997, einen schweren Kampf gegen eine Ausweitung des Krieges und eine terroristische Kampfführung führen müssen. Dieser Kampf sei innerparteilich zum Teil dargestellt worden als ein Kampf zwischen Intellektuellen und Bauern um die Führung in der Partei – wobei die Vertreter der angeblichen „Pro-Intellektuellen-Linie“ für eine Ausweitung des Krieges und eine größere Brutalität der Kriegsführung eingetreten seien. Ihr Sieg hätte die Substanz der PKK zerstört. Er spricht sogar von einer Art „Viererbände“, gegen die er und andere den Kampf geführt hätten. Das ist im Grunde nichts neues: Es ging, wie weithin bekannt, um die Frage, ob der bewaffnete Kampf der kurdischen Seite in die türkischen Städte getragen werden sollte – mit allen damit verbundenen Folgen: Selbstmordattentate, weniger Rücksicht auf Zivilisten etc. Dieser innere Kampf in der Partei endete vor gar nicht so langer Zeit unter anderem mit der Proklamation eines neuen Waffenstillstandes und dem kurz darauf

folgenden Ausschluß von Semdin Sakik, der schon 1993 einer der Verantwortlichen für den damaligen Bruch des Waffenstillstands gewesen war und für eine Ausweitung des Krieges in die Städte eingetreten war.

Öcalan verweist in diesem Zusammenhang auch auf den Susurluk-Bericht, der dokumentiert habe, welche Morde und Verbrechen während dieser Auseinandersetzung in der PKK von Seiten des türkischen Staates begangen worden sind. Der Bericht selbst spreche von 18.000 Morden durch türkische Todeschwadronen. Das soll vermutlich auch zeigen, wie schwer es für die PKK gewesen ist, trotz solcher Verbrechen des türkischen Staatsapparates ihre eigene Kriegsführung zu mäßigen. Der PKK-Vorsitzende verweist dabei auch darauf, daß es in Bosnien, im Kosovo, in Palästina und in Irland während der bewaffneten Auseinandersetzungen ganz andere Grausamkeiten gegeben habe, als sie der PKK je vorgeworfen worden sind.

Zu verhindern, daß der von der PKK geführte bewaffnete Befreiungskampf gegen den türkischen Staat in einen Konflikt der kurdischen Bevölkerung gegen die türkische Bevölkerung umschlägt, scheint ein wesentliches Motiv seiner Politik in letzter Zeit gewesen zu sein.

Öcalan: Die Türkei kann den Krieg gegen die Kurden nicht gewinnen

Im folgenden Abschnitt „Zwei Wege und zwei historische Ergebnisse der Beziehungen zwischen der Türkei und den Kurden und der kurdische Aufstand“ fordert der PKK-Vorsitzende von der türkischen Seite ein „wissenschaftlich-demokratisches Herangehen“ an die kurdische Frage. Diese Frage sei kein Kriminalproblem. Die Türkei sei in der Sackgasse, was die kurdische Frage angeht. Sie zahle enorm. Wirtschaftlich habe sich eine Rentiers-Ökonomie entwickelt, eine soziale Spaltung der Arbeit habe sich verfestigt, eine gewaltige soziale Degeneration sei die Folge des anhaltenden Krieges. Die kurdische Frage sei ein Schlüsselproblem der Türkei. Wenn sie versuche, die PKK mit dem Strafrecht zu beurteilen, werde sie scheitern.

„Auf einer Fortsetzung des Dilemmas und des bewaffneten Konflikts zu bestehen, bedeutet, das kommende Jahrhundert zu verlieren“, prognostiziert er der Türkei.

Er beschreibt dann die starken kurdischen Positionen. In Kurdistan selbst sei die Guerilla erheblich stärker, als in der Öffentlichkeit dargestellt. Auch in den benachbarten Staaten Iran, Irak und Syrien, mit denen die Türkei ohnehin wegen der Wasserfrage im Konflikt liege, sei die kurdische Bewegung stark und kampfbereit. Ebenso in Griechenland und anderen europäischen Staaten, die alle eine Schwächung der Türkei wünschen. Die Beziehungen zwischen den Kurden und Israel würden sich ebenfalls deutlich ver-

bessern, sobald Israel Frieden mit seinen arabischen Nachbarn schließe. All dies soll das türkische Regime warnen, daß die kurdische Bewegung im In- und Ausland immer noch sehr stark ist und noch lange den Kampf fortsetzen kann, keineswegs geschlagen ist.

Bei einer Fortsetzung des Kriegskurses gegen die kurdische Bewegung drohe der Türkei eine Lage, wie sie lange im Libanon, in Jugoslawien und im Irak geherrscht habe bzw. noch immer herrsche. Außerdem werde die Türkei bei einer Fortsetzung des Krieges nicht in die EU aufgenommen. Sie werde vielmehr noch mehr Schulden machen, noch mehr vom Ausland abhängig sein, ihre inneren wirtschaftlichen, Erziehungs- und sozialen Probleme würden sich weiter vertiefen.

„Eine demokratische Lösung des Problems ist eine gewonnene Zukunft für die Türkei“, heißt es dann.

Wer Kriege beginnt, muß sie auch beenden können

Kriege, Aufstände seien immer durch soziale Probleme hervorgerufen. Wenn kriegführende Parteien nicht auf die moralischen und politischen Notwendigkeiten achteten, seien Degeneration der Gewalt und selbst Massaker die Folge. Die PKK sei von Anfang an eine Bewegung mit demokratischen und kulturellen Zielen gewesen, ein Aufstand gegen die Verweigerung jeder legaler Strukturen und gegen das herrschende Klima der Repression gegen alles Kurdische. Auch wenn dieser Aufstand und die PKK illegal gewesen seien, habe sie immer ihre moralische und politische Legitimität gehabt.

Öcalan malt dann aus, welche Vorteile die Türkei von einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage haben könne – wirtschaftliche und politische Stärkung statt Niedergang. Gemeinsam mit den Kurden, „ein Volk, das hungert nach Demokratie im Mittleren Osten“, könne die Türkei eine „große Einheit“ darstellen. Das kurdische Volk zu gewinnen heiße, den Mittleren Osten zu gewinnen. Sein Ziel sei eine demokratische und kulturelle Identität für das kurdische Volk, freie Staatsbürgerschaft und eine demokratische Einheit. Die Verfassung müsse die Existenz von zwei Nationen, zwei Sprachen, zwei Kulturen anerkennen. Ein nach einer solchen Lösung mögliches schnelleres wirtschaftliches Wachstum erlaube auch eine schnellere Auflösung und Überwindung von feudalen sozialen Strukturen. Mitgliedschaft der Türkei in der EU werde so ebenso möglich wie ein wachsender Einfluß auf dem Balkan, im Kaukasus, in Zentralasien. Der Prozeß auf Imrali könne so ein historischer Anfangspunkt sein. Sein Ziel sei es, einer solchen demokratischen Republik Türkei zu dienen.

rül

(Zuerst veröffentlicht im „Kurdistan-Rundbrief“ Nr. 13/99, überarbeitet)

Erste Reaktionen auf das Todesurteil

Erklärung der Europazentrale der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans ERNK anlässlich der Urteilsverkündung gegen den Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, Abdullah Öcalan

Heute wurde die Imrali-Tragödie, die als „Verfahren des Jahrhunderts“ bezeichnet wird und wohl als das unfairste Verfahren in die Geschichte eingehen wird, beendet. Wie bereits erwartet, wurde gegenüber unserem Vorsitzenden die Todesstrafe verhängt.

Die PKK hat dieses Verfahren von Anfang an als nicht rechtmäßig angesehen. So erkennen wir selbstverständlich auch das Urteil nicht an und möchten unser tiefstes Bedauern und unseren Protest zum Ausdruck bringen. Es entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage und widerspricht auch jeder menschlichen Ethik, daß eine Kriegspartei die andere in dieser Weise völlig einseitig verurteilt. Deshalb sehen wir als das kurdische Volk dieses Urteil als einen gegen unsere Nation und unsere Würde gerichteten faschistischen und nationalistischen Angriff und verurteilen es aufs schärfste.

Die Kurden sind in dieser Auseinandersetzung nicht die Angeklagten, sondern die eigentlichen Betroffenen. Aus diesem Grund ist dieses Urteil völlig ungerechtfertigt. Wir haben keinen Augenblick daran gezweifelt, daß der Prozeß gegen unseren Vorsitzenden mit einem Freispruch enden muß, denn der Kampf des kurdischen Volkes und der PKK ist eine legitime Verteidigung gegen die Vernichtungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk. Eine andere Alternative hat das kurdische Volk nie gehabt.

Mit diesem Urteil hat die türkische Seite die Aufrufe der kurdischen Seite zu einer friedlichen Beilegung des Krieges und einer Beendigung des Blutvergießens ignoriert. Sie hat eine historisch wichtige Gelegenheit für eine demokratische Lösung des Kurdenproblems leichtfertig verworfen und damit sowohl dem türkischen als auch dem kurdischen Volk gegenüber verantwortungslos gehandelt.

Dieses Urteil wird in der Türkei und auch im ganzen Mittleren Osten einen neuen gefährlichen Weg der Konflikte und des Rückschritts ebnen. Der türkische Staat hat immer noch die letzte Möglichkeit, dies zu verhindern.

Unser Vorsitzender hat unter den unmöglichsten Umständen versucht, als eine Notwendigkeit und verantwortungsvollen Handelns dem kurdischen und türkischen Volk gegenüber, während des Verfahrens Lösungsvorschläge in einem demokratischen Rahmen darzulegen



Rund tausend demonstrierten am 3. Juli in Hannover für die Freilassung von Abdullah Öcalan.

und zu einem Dialog aufzurufen. Er hat alles Menschenmögliche für das Zustandekommen eines endgültigen Friedens getan. Trotz des aggressiven und aufhetzerischen Verhaltens von türkischer Seite hat unser Vorsitzender versucht, Ruhe zu bewahren und sich nicht von diesem provokativen Verhalten beeinflussen zu lassen. Sein Verhalten und seine Reden hat er trotzdem in einem friedlichen Rahmen gestaltet.

Wir können dieses Gericht als solches nicht anerkennen, und daher haben wir dieses Verfahren als eine Möglichkeit angesehen, mit der türkischen Seite in Dialog zu treten, und unser Vorsitzender ist in diesem Sinne unser Vertreter gewesen. Die Gerichtsverhandlungen waren für uns nichts anderes als politische Zusammenkünfte beider Seiten. Mit dem Urteil ist nun offensichtlich, daß diese Zusammenkünfte negativ ausgegangen sind. Von diesem Zeitpunkt an ist unser Vorsitzender eine Geisel in den Händen des türkischen Staates.

Diesen Angriff können wir nicht stillschweigend über uns ergehen lassen. Nach soviel Opferbereitschaft und Zuvorkommen der kurdischen Seite ist ein solch ungerechtes und gesetzwidriges Urteil nicht ohne weiteres annehmbar. Wir werden auf diese neue Entwicklung auf jeden Fall anders reagieren, als wir es bis zur Bekanntgabe des Urteils getan haben. Es ist eine völlig andere und neue Situation. Unsere Partei wird nun diese neue Entwicklung nach allen Seiten beleuchten und diskutieren und letztendlich ihre Strategie und Vorgehensweise binnen kürzester Zeit in die Tat umsetzen.

ERNK, 29.6.99

Zu dem heute verkündeten Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden Öcalan erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:

Das Todesurteil gegen den PKK-Vorsitzenden Öcalan ist ein Schlag ins Gesicht

des kurdischen Volkes. Die Zurückweisung der kurdischen Friedensbereitschaft durch die Herrschenden in Ankara geht dabei bis ins Symbolische: An exakt dem gleichen Tag, am 29. Juni 1925, wurde vor 74 Jahren Scheich Sait, der Führer eines der größten kurdischen Aufstände zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg, in der kurdischen Stadt Diyarbakir im Südosten der Türkei vor einer Moschee öffentlich aufgehängt.

Das Urteil bedeutet auch einen schweren Rückschlag für alle Bemühungen um eine politische und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Die angebliche Bereitschaft der Regierung und der Militärs in Ankara zu einer Demokratisierung hat sich wieder einmal als leeres Gerede herausgestellt.

Die Verteidigung Öcalans hat angekündigt, sie werde ihren Widerstand gegen das Todesurteil bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tragen. Das verdient unser aller Unterstützung. Die jüngste Erklärung von General Feridun Öztürk, Versuche, das Leben Öcalans zu retten, würden vergeblich sein, läßt aber befürchten, daß die Militärs den Kurdenführer so oder so umbringen wollen.

Die deutsche und europäische Politik hat über Jahrzehnte eine Politik in Ankara unterstützt, die die berechtigten Anliegen des kurdischen Volkes ignoriert oder brutal unterdrückt hat. Was muß eigentlich noch geschehen, bis das PKK-Verbot aufgehoben, die Waffenlieferungen und die Polizei- und Militärzusammenarbeit mit Ankara gestoppt, die Abschiebungen kurdischer Flüchtlinge aufhören und ernsthafte Schritte zu einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage unternommen werden?

Die kurdische Bevölkerung in der Türkei wie im europäischen Exil verdient in dieser schweren Stunde keine Demonstration polizeilicher Macht, sondern die Solidarität aller demokratischen Kräfte in Europa.

Ulla Jelpke, 29.6.99

12. bis 15. August 1999 Linke Sommerschule 1999

ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS



Die Linke Schule findet seit 1992 zweimal jährlich in drei Kursen statt.

AG Wirtschaft

In der AG Wirtschaft wollen wir in diesem Sommer die Auseinandersetzung mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung beginnen. Zur Einleitung wollen wir uns anhand klassischer Texte auseinandersetzen mit folgenden Themen:

I Wirtschaftssubjekte, Wirtschaftsgesinnung, Wirtschaftsmethode (Donnerstag, Freitag)

- Der Staat als Wirtschaftssubjekt, Geschichte der Steuer • Der Staat als Ordnungsmacht (Extrem Militär) und seine Finanzierung
- Der Staat als Vorsorgeeinrichtung (Extrem Kommunen) und seine Finanzierung • Die Familie als Wirtschaftssubjekt, Übertragung von Vermögen und Kulturtechniken, Erbrecht, ihre Finanzierung durch Lohnarbeit und Kapitaleinkünfte • Das Privatunternehmen, Gewinn und Erfolgsrechnung, Bilanz. • Privatunternehmen / Genossenschaften – Unterschiede in Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmethode

II Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Samstag/Sonntag)

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die verschiedenen Wirtschaftssubjekte zueinander in quantitative, in Geldwerten ausgedrückte Beziehung gesetzt. Die Wirtschaftspolitik arbeitet dann mit diesen Größen. Die Unterschiede in Wirtschaftsgesinnung und Wirtschaftsmethode, die in den einzelnen Bereichen gelten, sind in diesen Daten ausgelöscht. Dadurch wird das Verständnis der wirklichen Bewegung bedeutend erschwert. Wir wollen untersuchen, ob der Rückbezug auf die unterschiedlichen Wirtschaftssubjekte, ihre unterschiedliche Methodik und, daraus folgend, ihre unterschiedlichen Interessen den Zugang zur wirtschaftspolitischen Diskussion erleichtert.

Vorbereitungsgruppe: Christoph Cornides, Martin Fochler, Rüdiger Lötzer. Wer Anregungen hat oder bei der Vorbereitung mitmachen kann – bitte melden bei: GNN Stuttgart, Tel. (07 11) 62 47 01, Fax (07 11) 62 15 32. Wir wollen in den nächsten Wochen das Material zusammenstellen.

AG Philosophie

Vernunftdenken versus Sittlichkeitsdenken in der Entwicklung des internationalen Rechts (Völkerrechts).

Vom christlichen Entwurf des internationalen Rechts zur aktuellen Umwälzung desselben durch EU und NATO. Vermengung von Recht und Moral, d.h. durch Sittlichkeitsdenken geprägtes Rechtsverständnis im christlichen Entwurf des internationalen Rechts vor Grotius: Hier ist der durch den sittlichen Anspruch herbeigeführte Zwang zur Unterscheidung von Gut und Böse angesiedelt: Das Recht legitimiert den Kampf für die „bessere Sache“. Stichwort: Kreuzzüge.

Mit Grotius hebt die naturrechtlich begründete Abgrenzung des Rechts / Rechtssystems gegen die moralischen Normen an. „Kant vollendet die Entwicklung und setzt Recht und Moral endgültig als voneinander unabhängige Werte.“ (Franz Neumann, „Behemoth ...“) In dieser Entwicklungslinie ist folgendes der Fall: Im Sittlichkeitsdenken hatten und haben die „Menschenrechte“ eine missionarische Funktion – sie sind die Entäußerung der besseren Welt. So legitimieren sie Expansion bzw. Kolonisierung. Im modernen Stadium werden die Menschenrechte den Völkern zugeordnet – sie werden herausgelöst aus dem Zusammenhang, in dem sie einen vernünftigen Platz haben: im innerstaatlichen Bereich und im Krieg bzw. in den Kriegshandlungen.

Die NS-Völkerrechtslehre erklärte die Beziehungen zwischen den deutschsprachigen Bevölkerungsteilen in den ost-/südosteuropäischen Staaten und der übrigen Bevölkerung zu „völkerrechtlichen Beziehungen“ – und gab diesen Beziehungen eine menschenrechtliche Definition. Bei Carl Schmitt erhält diese Umdeutung innerstaatlicher Verhältnisse die Bedeutung eines „völkerrechtlichen Großraumprinzips“: „Es ist ... eine der heutigen politischen und geschichtlichen Lage des Deutschen Reiches wie des osteuropäischen Raumes entsprechende Anwendung des völkerrechtlichen Raumordnungsgedankens ...“ (Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte, IV. Kapitel)

Wie in den bisherigen Kursen lesen wir die ausgewählten Texte gemeinsam und diskutieren sie. Die Textmappe liegt zu Kursbeginn vor.

AG Geschichte

Die „Eigentumsfrage“ in deutschen Verfassungen und die aktuelle Programmdiskussion der PDS

Folgende Themen wollen wir in der AG Geschichte unter dem Stichwort „Eigentum“ behandeln:

1. Die Herausbildung des Rechts auf „Privateigentum“ mit der bürgerlichen Gesellschaft und der Niedergang des Feudalismus. Unterpunkt: „Eigentum“ in den Verfassungen von 1794 bis heute
2. „Sozialisierung“ konkret betrachtet: Auseinandersetzung um die Landesverfassung im Jahre 1946 und folgende. Eigentumsrechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.
3. „Das Eigenheim“, seine historischen Wurzeln und die aktuelle Diskussion heute. Lesen und diskutieren, u.a. aus: P. Bourdieu, „Der Einzige und sein Eigenheim“, VSA-Verlag. Das „Eigenheim“ vor und nach der Wende in der DDR.
4. Kritische Auseinandersetzung über verschiedene Eigentumsformen in der DDR
5. Genossenschaftsdiskussion in der PDS

Wann?

Donnerstag, 12. August, Beginn 14 Uhr, bis
Sonntag, 15. August, mittags

Wo?

Jugendherberge
„R. Breitscheid“,
99894 Friedrichroda,
Waldstr. 25

Unterbringung und Verpflegung in der Jugendherberge: DM 40,- täglich (Übernachtung: DM 14,-, Frühstück: DM 8,-, Mittagessen: DM 10,-, Abendessen / kalt: DM 8,-. Die Unterbringung erfolgt in 2-, 4- oder 6-Bett-Zimmern. Bettwäsche kann gegen einmalig DM 6,- ausgeliehen werden.

- Bahn: bis Eisenach, Fröttstädt (von dort mit dem Triebwagen weiter nach Friedrichroda, z.B. ab 11.22, 12.22, 13.22 Uhr) oder bis Gotha, Anschlusszug Friedrichroda oder Thüringer Waldbahn
- Auto: über die BAB 4 Abfahrt Waltershausen/Friedrichroda

**Anmeldung –
bitte nur schriftlich – bei:**

Christiane Schneider, c/o GNN,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg,
Fax (0 40) 43 18 88
21, E-mail: GNN-
Hamburg@LINK-
S.cl.sub.de

Gebeten wird um
verbindliche Anmeldung.



KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung Nr.292 2 DM**

**Hinein in die
Gewerkschaften
Kein Frieden mit
dem Kapital!**

Deutschland führt wieder Krieg!

erscheint vierteljährlich
Einzelheft 2 DM
Jahresabo 15 DM

Redaktion der
Kommunistischen Arbeiterzeitung
Schweppermannstr. 19
Tel/Fax: 0911-356913 90408 Nürnberg